Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; der Anzeigen-Abteilung Nr. 176; der Abonnementsabteilung Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Fünfundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 6gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf. für Halle, auswärts 1 Mk.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 105. **Halle a. S., Freitag, den 3. März.** **1911.**

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

39. Sitzung vom Donnerstag, 2. März.

Am Ministertisch: **Dr. Sydow.**

Präsident **v. Kröcher** eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min.

Der Gesetzentwurf betr. die Aenderung der Amtsgerichtsbezirke Berent, Pr.-Stargard und Schöneck wird in dritter Lesung ohne Debatte angenommen.

Die zweite Beratung über den

Etat für Handel und Gewerbe

wird beim Titel

„Fortbildungsschulen"

fortgesetzt.

Abg. Dr. **Schepp** (Vp.): An den Fortbildungsschulen soll eine möglichst große Zahl von Handwerkern, die pädagogisch vorgebildet sind, als Lehrer verwendet werden. Allerdings dürfen die Handwerker die pädagogische Tätigkeit der Volksschullehrer nicht unterschätzen oder gar, wie es in einer Kritik an der Berliner Fortbildungsschule geschah, sie als „Firlefanz" bezeichnen.

Beim Titel „Fachschulen" bringt

Abg. **Thurm** (Vp.) Wünsche für staatliche Unterstützung der Versuche mit Flachsröstereien im Interesse der heimischen Landwirtschaft und Industrie vor.

Ministerialdirektor **Neuhaus** erwidert, daß diese Versuche von privater Seite erfolgen müßten. Der Staat unterstütze bereits die Webschule in Sorau mit erheblichen Mitteln.

Beim Titel „Dispositionsfonds" zu Aufwendungen behufs Förderung des gewerblichen Unterrichts bittet

Abg. Dr. **Bell** (Ztr.) um staatliche Genehmigung der akademischen Kurse für Handelswissenschaften in Essen.

Abg. Dr. **v. Savigny** (Ztr.) fordert Maßregeln zur Verhütung von Explosionskatastrophen.

Beim Titel „Zuschüsse an die Handwerkskammern zur

Hebung des Kleingewerbes"

bespricht

Abg. Dr. **Hahn** (kons.) die Konkurrenz der Wanderlager, die in neuester Zeit sogar auf Automobile verladen werden. Leider kaufen auch Landwirte statt bei den ortsansässigen Kaufleuten bei diesen schlimmsten Feinden des Kleingewerbes. Der Minister sollte dafür sorgen, daß das elektrotechnische Kleingewerbe nicht durch die Großbetriebe erdrückt werde. Die Berufung des Herrn Plate-Hannover in das Herrenhaus wird vom Handwerk begrüßt. Man sieht darin eine Anerkennung der Bedeutung des Handwerks. Es leidet noch immer unter der Konkurrenz der Gefängnisarbeit. Es scheint ja jetzt ein Umschwung zugunsten der Handwerker einzusetzen. Das Handwerk leidet auch sehr unter dem teuren Anleihekapital. Die Großindustrie hat es leicht, sich billig Geld zu verschaffen, so durch Ausgabe von Obligationen. Der Handwerker ist auf den Bankkredit angewiesen, der sechs Prozent und mehr beträgt. Wie viel des Reingewinns des Handwerkers wird allein dadurch verschlungen! Darum sollte der Zusammenschluß der Handwerker gefördert werden, damit der genossenschaftliche Kredit ausgebaut wird. Die Preußenkasse hat ja schon segensreich gewirkt. Aber welche unfreundlichen Worte hat sie von der Linken bekommen!

Der Hansabund kommt nun mit der Diskontierung der Handwerkerforderungen! Damit wird nicht viel erreicht werden. Der Hansabund kommt mit seinen Handwerkerwünschen post festum. Alles, was er jetzt für die Handwerker wünscht, ist schon vor einem Vierteljahrhundert von den Konservativen und dem Zentrum zur Förderung des Handwerks vorgeschlagen worden. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Ztr.) Aber wie hat damals die Linke darüber gelächelt. Mit einem gewissen Amüsement sehe ich, wie jetzt die Nationalliberalen und Freisinnigen Buketts von Handwerkerforderungen auf ihren Parteitagen zusammenbinden — aus Angst vor den nächsten Wahlen. (Lebhafte Zustimmung rechts — Widerspruch und Gelächter links.) Soll ich die Nationalliberalen an ihre frühere Stellung erinnern, daran erinnern, daß sie früher gegen die Einschränkung des Hausierhandels gestimmt haben? (Hört, hört! recht.) Daß sie 1884 gegen den allgemeinen Befähigungsnachweis und 1896 gegen den kleinen Befähigungsnachweis gestimmt haben, (Lebhaftes Hört, hört! rechts), unter Androhung, bei dessen Annahme das ganze Handwerkergesetz zu Fall zu bringen! Ich freue mich über die jetzige Wandlung zugunsten der Handwerker. Aber ein endgültiges Urteil über diese Handwerkerfreundlichkeit wird man erst fällen können, wenn es zu Abstimmungen gekommen sein wird. Hoffentlich wird auch der Abg. Rahardt noch einmal seine Rede von 1909 wiederholen, wo er ausführte, daß gerade die Konservativen die bewährten Freunde der Handwerker immer gewesen sind. (Hört, hört!) Darin hat sich auch nichts geändert, denn sonst könnte er, der mit uns immer gegen die Warenhäuser vorgegangen ist, nicht jetzt ruhig mit anhören, wie im Hansabund Stadtrat Schulz ausführte: „der Kleinhandel hat mit der Entwickelung des deutschen Wirtschaftslebens nicht Schritt gehalten. Ich bin nicht gewillt, ein scharfes Wort gegen die Warenhäuser zu richten, die Tausenden von jungen Leuten Stellung geben, so daß sie eine Familie gründen können, und die dem Detaillistenstand keine Konkurrenz machen." (Hört, hört! rechts.) Stadtrat Schulz hat auch den Bund der Landwirte als das größte Warenhaus der Welt bezeichnet. Dasselbe müßte er dann auch von unseren großen Genossenschaftsverbänden sagen. Der Bund der Landwirte hat allerdings gewaltige Bruttoumschläge, aber er ist unendlich weit davon entfernt, auch nur mit einem Pfund Ware den Detaillisten Konkurrenz zu machen. Landrat Rötger hat auf der Versammlung des Hansabundes auch die Agrarier vorgeschoben, die nach seiner Meinung außer ihren andere Interessen nicht anerkennen. Ich muß mein Bedauern aussprechen, daß ein so hochstehender und ausgezeichneter Mann mit so wenig Verständnis von einer großen Bewegung des öffentlichen Lebens sprechen kann. Was würde der betreffende verehrte Herr sagen, wenn ich jetzt im Interesse der Handwerker die Politik des Stahlwerkverbandes und des Kohlensyndikats näher untersuchen wollte. (Sehr gut! rechts.) Jene Kreise sollten mehr Verständnis für die Interessen anderer Kreise haben, vor allen Dingen, wenn sie Unterstützung im Parlament haben wollen. Die Industrie hat mit der Landwirtschaft beim Zolltarif gleiche Interessen, denn beide sind auf den inländischen Markt angewiesen, und beide wollen sich schützen gegen das Ausland. Diese Kreise, die auf uns angewiesen sind, sollten mit uns zusammengehen, aber nicht in den Hansabund eintreten, wo auf der einen Seite sie mit ihrer Wirtschaftspolitik stehen und auf der anderen Seite Herr Naumann mit seiner freihändlerischen Politik. Und den Handwerkern möchte ich zu bedenken geben, ob sie von einer Vereinigung Förderung erwarten können, in der neben den Detaillisten auch die großen Warenhäuser sitzen und in der man gegen die Warenhäuser kein feindliches Wort sagen darf. (Zustimmung rechts.) Wir mit unserer Schutzzollpolitik wollen möglichst hohe Entlohnung für die Arbeit. (Gelächter links und bei den Soz.) Wenn wir den Schutzzoll aufheben, würden die Fabriken hundertweis zumachen müssen. (Zustimmung rechts.) Die Fabrikarbeiter würden brotlos. (Sehr richtig! rechts.) Ich möchte da nicht in der Haut der sozialdemokratischen Kollegen stecken. (Heiterkeit.) Hunderttausende Holländer kommen auch deshalb nach Arbeit nach Deutschland, weil sie hier guten Lohn finden. (Gelächter bei den Soz.) Bei uns sind freilich viele Leute durch die Agitation der Sozialdemokraten so töricht geworden (Heiterkeit), daß sie dem Abg. Leinert folgen. (Lebhafter Beifall und Heiterkeit.) Zum Schluß drücke ich nochmals meine Freude über die Wandlung der Linken in den Handwerkerfragen aus. Hoffentlich ändern Sie sich auch in anderen politischen Fragen und sehen auch mit uns die Reichsfinanzreform als großes, segensreiches Werk an. Die Linke nennt bei der Finanzreform nur immer den schwarzblauen Block. Warum verschweigt sie die anderen Teilnehmer der Firma, den früheren Reichsschatzsekretär Sydow und den Reichskanzler? Es ist ungerecht, daß mir allein nur den Ruhm der Einsichtigen ernten (Heiterkeit.) und die Bekämpfung der nicht Einsichtigen auf uns nehmen sollen. Verteilen Sie Lob und Anklage gleichmäßig. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Pachnicke** (Vp.): Die Angst der Herren der Rechten vor den nächsten Reichstagswahlen muß sehr groß sein (Lärm rechts), denn sonst würde Dr. Hahn diese Rede nicht an dieser Stelle gehalten haben, an die sie gar nicht paßt. (Sehr richtig! links.) Der Bund der Landwirte wurde von Dr. Schulz bei der Hansabundversammlung nicht mit Unrecht als ein großes Warenhaus bezeichnet. (Hört, hört! links.) Vielleicht erfahren wir einmal etwas Näheres über den Umfang des Geschäftes, das der Bund der Landwirte macht und über das Maß der Konkurrenz, die er den Kleingewerbetreibenden selbst bereitet. (Sehr richtig! links.) Wie steht es eigentlich mit dem Warenhaus für Armee und Marine? Es sind doch Gesinnungsgenossen Dr. Hahns gewesen, die dieses Warenhaus gegründet haben. Diese Gründung macht dem ortsansässigen Handwerk ebensoviel Konkurrenz wie andere Warenhäuser. Wenn wir Kritik an der Preußenkasse übten, so geschah dies nur soweit, als wir es tadelten, daß durch die Preußenkasse nicht bodenständige und nicht leistungsfähige Gebilde herangezogen wurden. Es war doch gerade die liberale Partei mit Schulze-Delitzsch, die seit fünfzig Jahren für eine bessere Kreditwirtschaft für unsere Handwerker eintritt. (Sehr richtig! links.) Hier ist Gelegenheit zu schaffen, das ist die Tat, das andere sind Worte. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Dr. **Lohmann** (ntl.): Ich will nur kurz darauf hinweisen, daß das Organ der Bündler, die „Deutsche Tageszeitung", große Anzeigen von dem Warenhaus „Wertheim" aufnimmt. (Hört, hört! links.) Die Erfahrungen mit dem großen Befähigungsnachweis in Oesterreich können durchaus nicht ermutigen, dem Beispiel zu folgen. (Sehr richtig! links.) Herr Dr. Hahn war vor 18 Jahren noch ein begeisterter Nationalliberaler, es scheint aber, daß er inzwischen seine Meinung sehr geändert hat. Herr Dr. Hahn hat auch im allgemeinen von der Haltung der Liberalen in der Zollfrage gesprochen. Er wird aber wissen, daß wir Nationalliberale in bezug auf die Schutzzollfrage eine ganz andere Haltung einnehmen, wie die Freisinnigen. Wenn er dann von mangelnder Landwirtschaftsfreundlichkeit der Nationalliberalen sprach, so erinnere ich ihn daran, daß wir Nationalliberalen 1902 für den Zolltarif stimmten, während Dr. Hahn und seine Freunde ihn ablehnten. (Sehr richtig! links.)

Abg. Dr. **Hahn** (kons.): Es ist richtig, daß ich 1892 mich der nationalliberalen Partei des Reichstages, aber nicht des Abgeordnetenhauses als Hospitant anschloß, da mir gesagt wurde, daß ich auf Grund des Heidelberger Programms meine wirtschaftspolitischen Anschauungen rückhaltslos vertreten könne. Als ich dies aber tat, ersuchte mich Herr von Bennigsen, mein Hospitantenverhältnis aufzugeben. Dem Zolltarif von 1902 mußten wir die Zustimmung versagen, weil er gänzlich einseitig war und nur hohe Industriezölle brachte. Wir haben uns aber nachher mit dem Zolltarif abgefunden und wir würden uns freuen, wenn Sie (nach links) dasselbe mit der Reichsfinanzreform machten und das Vergangene begraben würden, um mit uns positiv zu arbeiten, anstatt nach links zu trachten. (Hört, hört! links; sehr richtig! rechts.) Der Unterschied zwischen Nationalliberal und Freisinn ist in manchen Gegenden bis zur Unkenntlichkeit verwischt, beide räsonnieren auf die Finanzreform. Angst kenne ich nicht, Herr Pachnicke! Ich bin erfüllt von größtem Behagen, Ihnen hier Dinge in die Erinnerung zurückzurufen, die Sie gern vergessen wollten. (Beifall rechts.)

Abg. **Leinert** (Soz.): Diese Agitationsreden sind bei diesem Titel wirklich bei den Haaren herbeigezogen und zeigen, daß der Bund der Landwirte

nicht so siegessicher

ist, wie er angibt. Auch die Konservativen haben Banken für Handwerker gegründet — so Dr. Hahn selbst in Hannover! Diese konservative Gründung, die die Handwerker aus den Klauen des Liberalismus erlösen sollte, ist schmählich verkracht. (Hört, hört! links.) Ein Handwerksmeister in Berlin hat mal gesagt: Wir brauchen Geld — alles andere ist Quatsch! (Heiterkeit.) So ist es auch. Am Alexanderplatz ist ein Warenhaus, in das der Fürst Henckel von Donnersmarck sein Geld hineinsteckt und hier retten seine Parteigenossen das Handwerk. Theorie und Praxis klaffen auf der Rechten kolossal auseinander. Rücksichtsloser Boykott, der Ruin der kleinen Existenzen, das ist konservative Praxis. Der Terrorismus ist das Geheimnis der konservativen Erfolge bei den Landtagswahlen. Der schlimmste Feind der Handwerker sind die Konservativen und der Bund der Landwirte. (Beifall bei den Soz.; Lachen rechts.)

Abg. **Rakardt** (frk.): Es ist Tatsache, daß die Entwickelung viele kleine und mittlere Existenzen ruiniert hat. Auf dem bisherigen Wege der stärkeren Anziehung der Steuerschraube gegen die Warenhäuser sind wir nichts vorwärts gekommen. Durch ernstes Nachdenken sind wir von unfruchtbarer Politik abgekommen. Der geradezu unbegreifliche Haß des Dr. Hahn gegen mich datiert, seitdem er sich auf einer Mittelstandstagung von 6000 Vertretern das Wort erzwungen und in unverfrorener Weise gesagt hat, daß wir nicht imstande seien, unsere Interessen zu vertreten. Seit der energischen Zurückweisung Dr. Hahns durch diese 6000 Männer hat er diese Gefühle für mich. Ich kann das, was er vorhin gesagt hat, nur auf eine gewisse, mit der

Fastnacht

zusammenhängende Stimmung zurückführen. (Sehr gut! links.) Ich stehe im praktischen Leben und bin mindestens so befugt wie Dr. Hahn, die Dinge zu beurteilen. Nun zu meiner Stellung zum Hansabunde. Ich bitte den Minister, auch den Innungen zuzugestehen, was er mit Recht für die Handelskammern in Anspruch genommen hat. Die Innungen sehen ein, daß sie als Handwerkerkorporationen nicht einen Schritt vorwärts kommen können, wenn sie sich, auch über ihre Satzungen hinaus, nicht wirtschaftspolitisch betätigen.

Zwischen Industrie, Hansabund und Handwerk bestehen so viele Berührungspunkte,

daß wir uns als rückständig und als unsere Zeit nicht begreifend erweisen würden, wenn wir nicht alles, was uns trennt, in den Hintergrund stellen würden. Blos zwei Beispiele: Ich bin Obermeister einer Zwangsinnung von über 2000 Mitgliedern seit 1900. Als es galt, die Einigung unter den Tischlermeistern herbeizuführen, da waren gerade die größeren Betriebe meine besten Mitarbeiter und ebenso war es beim Zusammenschluß zum Arbeitgeberverband. Große und kleine Unternehmer haben doch als Arbeitgeber völlig gleiche Interessen. (Zurufe rechts.) Es ist merkwürdig, daß Sie (nach rechts) gerade hierbei widersprechen. Ich muß das beurteilen können. Die Verschiebungen innerhalb des Gewerbes sind derartig rapide, daß wir uns nur freuen können, wenn im Handwerk größere Betriebe entstehen. Die Verhältnisse sind viel stärker als die Theorie. Ich möchte dringend ersuchen, weitere Versuche der Bevormundung zu unterlassen; wir Handwerker sind über die Zeit hinausgewachsen, wo wir uns leiten ließen. Daß wir uns im Hansabund mit der Industrie zu verständigen suchten, war der einzige Weg, um die Frage „Fabrik und Handwerk" zu lösen. Wenn wir von der Industrie Beiträge zur Erziehung unseres Nachwuchses bekommen, dann ist uns das mehr wert als manche Gesetze, die in den letzten Jahren geschaffen sind, die zwar auf dem Papier stehen, aber in der Praxis gar keine Bedeutung haben. (Hört, hört! bei den Soz.) Zum Beispiel die schönen Submissionsbedingungen, die aber von den unteren Beamten nicht durchgeführt werden. Wir können Ihnen doch nicht dankbar sein für Dinge, mit denen wir in der Praxis nichts anzufangen wissen. (Hört, hört! links.) Wenn wir aber raten, bei Erlaß von Gesetzen diejenigen zu befragen, für die sie gemacht werden sollen, so werden wir dafür angegriffen und herabgesetzt. (Hört, hört! bei den Soz.) Wenn die Handwerker zu Hunderttausenden Mitgliedr des Hansabundes geworden sind (Lachen rechts), so haben sie das mit voller Ueberlegung getan. (Zuruf des Abg. Dr. Hahn: Das haben sie gar nicht gewußt.) Dieser Zuruf Dr. Hahns ist eine direkte Beleidigung der dem Hansabunde beigetretenen Handwerker. (Sehr richtig! links.) Die Handwerker haben bewußt eine Verbindung gesucht mit denjenigen Kreisen, von denen sie glauben, daß sie mit ihnen konkret zusammenarbeiten können. Die Beschuldigung der „Staatsbürgerzeitung", ich ließe mich vom Hansabunde bezahlen, ist zu schmutzig, als daß ich darauf erwidern würde. (Bravo! links.) Die Konservativen Kandidaten Vogel und Konrad in Breslau haben den Hansabund in so gehässiger Weise angegriffen, daß es blutiger Hohn war, seine Unterstützung zu verlangen. Hinter der Rede des Abg. Hammer steckt die Absicht, mir Ungelegenheiten in meiner gegenwärtigen Fraktion zu bereiten. (Zurufe rechts: Gegenwärtigen? Gratuliere!) Das ist eine neue Beleidigung. Sie wissen ganz genau, daß ich nur Hospitant bin. Meine Wahl erfolgte auf Grund eines Kompromisses, wodurch die Konservativen als Gegenleistung für Wahlhilfe durch die Nationalliberalen ein Mandat abtreten mußten. Ich begreife nicht, wieso ich da mein Mandat von den Konservativen haben soll. Meine Stellung im Hansabunde hat meinen Einfluß im deutschen Handwerk nicht vermindert, sondern erhöht, man weiß, daß

hinter mir Hunderttausende

stehen. (Lachen rechts.) Ich weiß mich auf dem Boden des Rechtes und habe eine so weiße Weste, daß mir persönlich niemand etwas anhaben kann. (Lachen rechts.) In diesem Lachen sehe ich wieder eine absichtliche Kränkung, aber nicht gegen mich, sondern, wie in der ganzen Behandlung, die Sie mir heute angedeihen lassen, eine schwere Kränkung für alle, die auf dem gleichen Boden stehen: für den Hansabund. (Beifall links.)

Abg. **Schifferer** (ntl.): Dr. Hahn hat wieder so getan, als ob er sich in der Notwehr uns gegenüber befindet. Die Ausführungen von Kollege Lohmann scheinen bei ihm gesessen zu haben. Auf den springenden Punkt ist Dr. Hahn nicht eingegangen. (Lebhafte Zustimmung links.) Es bestehen allerdings mitunter auch im Lande Zwistigkeiten zwischen Nationalliberalen und dem

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19110303015/fragment/page=0001

Bund der Landwirte. Ich bin aber nicht überzeugt, daß Dr. Hahn diese Differenzen bedauert. (Sehr richtig! links.) Im Gegenteil, er nimmt oft die Gelegenheit wahr, da, wo Bündler und Nationalliberale in Frieden leben, den Zankapfel hineinzuwerfen. (Sehr richtig! links.) Seine Reden gehen dann immer dahin, daß er uns verdächtigt, daß wir nicht landwirtschaftsfreundlich seien. Dabei ist überhaupt 1902 durch die Nationalliberalen das Zustandekommen des Zolltarifs erst ermöglicht worden. Der Bund der Landwirte hat daneben gestanden und 7,50 Mark Zoll für Roggen gefordert. Ich bitte den Dr. Hahn, mir zu zeigen, wie bei diesem Satze es hätte möglich sein sollen, den Zolltarif abzuschließen. Kein anderer als der Graf Posadowski hat erklärt, daß ohne die mittlere Linie der Nationalliberalen kein Schutzzoll im heutigen Sinn zustandegekommen wäre. (Beifall bei den Ntl.) Dr. Hahn lobt Raiffeisen. Raiffeisen ist zeitlebens ein Nationalliberaler Mann gewesen. (Hört, hört! links.) Es ist hier wieder wie in vielen Fällen ein nationalliberaler Wein auf die Flasche der Landwirte gezogen. (Heiterkeit und Zustimmung links.) Wenn Dr. Hahn früher nicht Mitglied der nationalliberalen Fraktion gewesen wäre, müßte man auf den Gedanken kommen, daß er das Heidelberger Programm gar nicht gelesen hätte. Er muß doch wissen, daß die Nationalliberalen über das Heidelberger Programm längst hinausgewachsen sind, daß sie aber restlos auf dem Boden der Schutzzollpolitik stehen, an der wir auch festhalten werden, trotz aller Angriffe. Wir werden uns gerade in der heutigen gefährlichen Zeit nicht abdrängen lassen von der mittleren Linie, von unserer Mittelstands- und Landwirtschaftsfreundlichkeit. (Lebh. Beifall links.)

Abg. Dr. Pachnicke (Vp.): Der Bund der Landwirte schreckt nicht davor zurück, die Bahnen der Warenhäuser zu betreten. Non olet! (Sehr richtig!) Es ist nur zu verwundern, daß trotz der Abneigung der Herren Stroßer und Genossen das Warenhaus für Armee und Marine auch heute noch in großer Blüte steht. Ihr Einfluß auf Ihre Gesinnungsgenossen im Lande scheint also sehr gering zu sein. Wie steht es mit der Verkaufstätigkeit des Bundes der Landwirte? Es werden nicht nur Düngemittel vertrieben, sondern auch Maschinen, Maschinenteile,

Geräte aller Art, bis herunter zu Hacken, Spaten, Ketten

usw. Der Bund der Landwirte ist also in gewissem Sinne doch ein Warenhaus. Nennen Sie uns die Umsatzziffern, auf die kommt es hauptsächlich an. Und die Tatsache, daß der Bund dem Mittelstand auf dem Lande durch seine Verkaufstätigkeit Konkurrenz bereitet, ist nicht zu bestreiten. Die Verkaufsstellen des Bundes sollen ja sogar auch an Nichtmitglieder verkaufen. Die ganze Rede Dr. Hahns war eine Agitationsrede in der ersten Stunde, offenbar darauf berechnet, Sympathien wiederzugewinnen, die Sie im Mittelstand bereits verloren haben oder zu verlieren fürchten. Ich wollte nicht sagen, Herr Dr. Hahn, daß Sie persönlich ängstlich sind, es war die Parteiangst, die Ihnen den Mund geöffnet hat. (Sehr richtig! links. Widerspruch rechts.) Sie unterschätzen aber unseren deutschen Handwerker, wenn Sie glauben, daß er sich durch derartige Agitationsreden beeinflussen läßt. Unsere Handwerker sind für praktische Arbeit und lassen sich nicht durch Reden verleiten, die hier zu ganz bestimmten Zwecken gehalten werden. (Beifall links.)

Abg. Hammer (kons.): Die Sache muß einmal ausgepaukt werden (Heiterkeit) und darum will ich mich einmal gründlich mit Herrn Rahardt beschäftigen. Im Jahre 1903 war er antisemitischer Kandidat zum Reichstag. (Abg. Rahardt: Nicht wahr!) Dann hat er von den Konservativen ein Mandat erhalten. (Abg. Rahardt: Auch nicht wahr!) Dann ist er Freikonservativer geworden, so daß er jetzt der dritten Partei angehört. Ueber den Parlamentarismus führte er vor fünf Jahren in Stettin aus: die Teilnahmslosigkeit bei den Wahlen ist daraus zu erklären, daß die Leute alle politischen Parteien ankeln. (Hört, hört! rechts.) Der Warenhäuserverband hat ein Rundschreiben, gezeichnet Oskar Tietz, erlassen, um Geldsammlungen für den Hansabund zu veranstalten, das sind die neuesten Freunde Rahardts, vor dessen Damaskusgang er sich in einem Briefe an Konrad-Breslau über die freisinnigen Geldgeber zu den Kosten einer Versammlung lustig gemacht hatte. (Hört, hört! rechts.) Herr Rahardt, soll ich Sie erinnern an die Verhandlungen vor fünf, sechs Jahren über die Aufbringung von Mitteln für Sie beim Bunde der Landwirte? (Hört, hört! rechts.) Und heute haben Sie die Stirn, den Bund der Landwirte anzugreifen? Soll ich Ihnen noch andere Quellen sagen, wo Sie Geld hergeholt haben? Die weiße Weste des Herrn Rahardt, die liegt vielleicht zu Haus in der Kommode. (Stürmische Heiterkeit rechts.) Herrn Pachnicke erwidere ich, daß wir nicht nur keine Angst vor den Wahlen haben, sondern daß wir den Freisinn noch ganz über den Haufen rennen werden. (Beifall rechts.)

Ein von der Rechten gestellter Schlußantrag wird gegen die Stimmen der Konservativen abgelehnt, auch Freiherr v. Zedlitz, der den Schlußantrag mit unterzeichnet hatte, stimmt mit seiner Partei dagegen.

Abg. Dr. Hahn (kons.) wird von der Linken mit Zurufen empfangen, daß sie ihm das Reden ermöglicht habe, worauf er erwidert: ich bin Ihnen dankbar dafür. (Heiterkeit.) Durch das Heidelberger Programm sind in der nationalliberalen Partei Schutzzöllner und Freihändler ganz selbständig und darum konnte ich als Schutzzöllner der nationalliberalen Partei angehören. Ich habe mich öfter an die Nationalliberalen gewendet, uns im Sinne Bismarcks Handelspolitik zu helfen. Zahlreiche Nationalliberale machten die Bundesgründung mit und ließen uns dann bei den Kämpfen sitzen. (Zurufe des Abg. Dr. Friedberg.) Herr Abg. Friedberg, Sie haben auch mal die Unterstützung des Bundes der Landwirte gefunden bei den Wahlen. Aber Sie haben sich nachher nicht so benommen, wie wir von Ihnen erwartet haben. (Heiterkeit.) Ich persönlich habe einer ganzen Reihe von Nationalliberalen verholfen, ins Parlament hineinzukommen, und ich habe immer gesagt, bei der Stichwahl wollen wir uns auch das nächste Mal wieder helfen. (Hört, hört! bei den Soz. — Abg. Campe (ntl.) ruft: Erst in Hannover einigen!) Abg. Campe weiß gar nicht Bescheid in seiner Heimat. Die einzige Ausnahme ist, daß unsere Vertrauensleute in dem Kreise des Abg. Wachhorst de Wente nicht für ihn eintreten werden. Das richtet sich nur gegen die Person, weil Wachhorst de Wente ganz außerordentlich unerfreuliche Beweise von Undankbarkeit und Unaufrichtigkeit gegeben hat. Der Bund der Landwirte hat die Nationalliberalen bei sämtlichen Wahlen unterstützt, bis zur letzten Reichstagswahl 1907 und zur Landtagswahl 1908. Wenn sich eine Partei beklagen könnte, daß sie vom Bunde nicht genügend unterstützt worden sei, dann wäre es das Zentrum. (Hört, hört! und Heiterkeit links.) Wir werden uns aber durch Kulturkampfbedenken nicht abhalten lassen, mit unseren katholischen Freunden zusammenzugehen. Ein schwarzblauer Block existiert nicht, es handelt sich nur um ein Zusammengehen wie in der Bismarckschen Zeit, woran alle teilnehmen können, so daß nur die Freisinnigen und Sozialdemokraten außen bleiben. Wenn die Freundschaft, die ich immer für die Nationalliberalen gehabt habe, bei der Reichsfinanzreform nicht verletzt worden wäre, könnte sie noch heute dauern. Anstatt dem einzelnen zu überlassen, für oder gegen die einzelne Steuer zu stimmen, wie die Konservativen, Freikonservativen und das Zentrum, und wie die Nationalliberalen getreu ihrem Programm hätten tun müssen, haben sie das bei der Erbanfallsteuer nicht getan. (Zurufe der Ntl.) Aber die Gegner der Erbanfallsteuer konnten nicht in der Fraktion bleiben. (Zurufe links: Direkt unrichtig!) Denken Sie doch an den Abg. Heyl! Die Nationalliberalen haben auf eine wirtschaftliche Mittellinie das Schwergewicht des Fraktionszwanges gelegt und eine praktische Frage zur politischen gemacht. Wir haben auf dem Lande noch ein Wort mitzusprechen und wir werden die Nationalliberalen nicht damit durchlassen (Oho! und Heiterkeit links.), daß sie eine wirtschaftliche Frage zur politischen erklären können und dann der Fraktionszwang eintritt. Die Erklärung des Abg. Schifferer in der „Deutschen Tageszeitung", daß er sich keinem Fraktionszwang fügen werde, hatte nur den Zweck, die Landbündler und konservativen Stimmen zu bekommen. (Widerspruch links.) Die nordfriesischen Agrarier werden aber Herrn Schifferer nicht unterstützen, sondern einen eigenen Kandidaten aufstellen. Sie (zu den Ntl.) entwickeln heute hier Zittern und Bangen um Ihre Mandate. In Süddeutschland bröckeln die Nationalliberalen in den Städten nach links ab; wenn sie da auch auf dem Lande nach rechts abbröckeln, dann bleibt nichts mehr übrig von den Nationalliberalen. (Lachen links.) Briefe aus Süddeutschland beweisen mir Ihre Heidenangst. (Sehr gut! rechts.) Der Vorsitzende des nationalliberalen Wahlvereins Worms, ein Kommerzienrat, hat erklärt, daß er dieselben Ansichten hat, wie der Abg. Dr. Hahn. (Heiterkeit.) Und da wollen Sie mir vorhalten, daß ich meinen Ueberzeugungen treu geblieben bin! (Zuruf links: Zentrum und Sozialdemokraten!) Die Zeiten sind vorbei. Sie können überzeugt sein, daß das Zentrum nicht mit den Sozialdemokraten zusammengehen wird. (Gelächter links.) Das Zentrum hat sich gebessert und hat dem Vaterlande in nationalen Fragen außerordentliche Dienste geleistet. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum und rechts.) Die Liberalen haben sich dagegen verschlechtert. Sie haben bei der Finanzreform das Deutsche Reich sitzen lassen. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Zentrum.) Die Nationalliberalen erinnere ich besonders an ihre herrlichen Traditionen von 1906. Da haben die ehrwürdigen Häupter der Partei auf dem Kasseler Parteitag, als die Junglibералen mit den damaligen Steuern nicht zufrieden waren, gesagt: „wir sind gern mit dem Zentrum zusammengegangen. (Hört, hört! rechts.) Es war eine politische Notwendigkeit. Es ist nicht so leicht, populäre Steuern zu bewilligen." (Hört, hört! rechts.) Wenn Sie auf solchen Standpunkt wieder kommen, können wir wieder zusammen arbeiten. Aber täuschen Sie sich nicht, Ihrem Vorstoß nach Ostpreußen folgt der Gegenstoß nach West- und Süddeutschland. In Oletzko-Lyck haben Sie freilich einen Scheinerfolg erzielt dadurch, daß Sie den ganzen sandigen Boden

unter Branntwein gesetzt

haben. (Stürmische, langanhaltende Heiterkeit.) Es gibt sogar Fälle, wo Wahlkreise gekauft worden sind. (Große Unruhe und stürmische Rufe links: wo? Namen nennen!) Ich erinnere an die Wahl des Abg. Schwabach. (Große Unruhe bei den Ntl.) Da sind soviel Mittel aufgewandt worden, daß man zu dem Ausdrucke berechtigt ist: man kauft sich einen Wahlkreis. (Große Unruhe und lebhafte Rufe bei den Ntl.: unerhört!) Unser Gegenstoß nach Westen ist bereits auf der ganzen Linie organisiert. Sie bekommen überall Ihren Gegenkandidaten. Es wird Ihnen auch da die ganze konfessionelle Hetze nichts nützen. (Beifall im Ztr.; stürmische Zurufe links: Sie reden von konfessioneller Hetze!) Infolge der Kämpfe der Gegenwart sind sich die verständigen Leute auf katholischer und evangelischer Seite näher gerückt und haben sich gemeinsam mit der gleichen Entrüstung von der Hetze abgewendet, die heutzutage in konfessionellen Dingen in Deutschland betrieben wird. (Stürmische Rufe bei den Ntl.: wer treibt die denn? — Große Unruhe und stürmische Zurufe im Ztr.: Sie! Sie! Lachen links.) Nun zum Abg. Rahardt! Wenn das Handwerk mehr aufgeklärt sein wird über den Hansabund, wird es ihm den Rücken kehren, denn so ein Flughlatt des Hansabundes über die Verteilung der Lasten kann in bezug auf Verhetzung und Entstellung von der Sozialdemokratie nicht mehr übertrumpft werden. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Ztr.) Der Abg. Rahardt hat Beifall gefunden auf der Linken bis zur Sozialdemokratie. (Abg. Hoffmann: Sehr richtig, ausgezeichnet. Heiterkeit.) Das sollte ihn doch bedenklich machen. Er hat sich auch so allgemein in seinen Ausführungen gehalten, daß die Handwerker sich fragen werden: ist das noch der Rahardt von früher? (Sehr gut! rechts.) Man kann hier mit dem polnischen Edelmann in einer Geschichte sagen: armes Vater meiniges, wie hast du dich verändert! (Stürmische Heiterkeit.) Nun zum Abg. Pachnicke! Es würde mir eine persönliche Ehre sein, ihn durch die Räume des Bundes der Landwirte zu führen, damit er sich dort informiert, was für Geschäfte der Bund treibt. Er wird dann sehen, daß die Artikel, die der Bund der Landwirte vertreibt, nicht eine einzige Mittelstandsexistenz ruiniert. (Zurufe links: Gehören Sie etwa zu den ruinierten Mittelstandsexistenzen? Heiterkeit.) Es ist viel richtiger, daß das Kalisyndikat an die großen Körperschaften den Zwischengewinn gehen läßt, als nur an den Handel. Aber das ist eben die ganze Sorge des Abg. Pachnicke. Wenn sein geliebter Handel die Düngemittel verkaufen und den Zwischengewinn einstecken und an der Riviera oder in Monte Carlo verschwinden lassen könnte, würde er kein Wort sagen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Im übrigen habe ich den Humor des Abg. Pachnicke wesentlich überschätzt. Er hat hier groß von Wertheim-Geldern gesprochen. Alle Leute im Lande werden aber sagen: es ist nicht richtig, daß die Annoncenregie der „Deutschen Tageszeitung" diese Wertheim-Annoncen eine Zeitlang genommen hat, aber nachdem es geschehen ist, ist es vom Vorstande famos gewesen, diese Gelder zur Bekämpfung der Warenhäuser und zum Schutze des Mittelstandes herauszubekommen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Stroßer (kons.): Erschrecken Sie nicht! Herr Pachnicke, wie können wir Einfluß auf das ganze Offizierskorps haben? Wir erklären, daß wir den Einfluß des Kaufhauses für Armee und Marine für ebenso schädlich halten wie den der übrigen Warenhäuser. Herr Rahardt, haben Sie nicht bei der Gründung des Hansabundes, als ich Sie um Ihre Meinung fragte, gesagt: „So töricht werden wir doch nicht sein, dem Bund beizutreten?" (Hört, hört! rechts.)

Abg. Rahardt (frk.): Es ist durchaus nicht wahr, daß ich antisemitischer Kandidat war. Man schreckt nicht zurück, die Ehre des Mitmenschen anzugreifen. Und Dr. Hahn hat eines der verwerflichsten Mittel gebraucht, die heute im politischen Kampf angewendet werden. Wenn wir unsere Stellung geändert haben, so ist daran die politische Konstellation schuld. Wir konnten nicht ahnen, daß wir derartig von der Finanzreform getroffen werden. (Hört, hört! links.) Stroßer hat mich nur gefragt: „Wie stellen Sie sich mit Ihren Freunden zum Hansabund? Sie werden doch nicht Ihre Selbständigkeit aufgeben?" Darauf erwiderte ich: „So töricht sind wir nicht."

Ein Antrag auf Schluß der Besprechung wird angenommen.

Abg. Dr. Pachnicke (Vp., persönlich): Sie (zur Rechten) hätten dafür sorgen müssen, daß die von Ihnen eingeleitete Debatte auch zu Ende geführt werde.

Abg. Schifferer (ntl.) bedauert, durch den Schluß der Debatte verhindert zu sein, Dr. Hahn zu erwidern.

Abg. Dr. Hahn (kons.): Ich habe nicht für Schluß der Debatte gestimmt.

Abg. Stroßer (kons.): Ich habe Herrn Rahardt gefragt: Wie werden Sie sich zum Hansabund stellen? Und darauf antwortete er.

Abg. Hammer (kons.): Ich habe nur wiederholt, was über Rahardt in allen Zeitungen stand.

Abg. Schwabach (ntl.): Dr. Hahn hat behauptet, daß mein Wahlkreis von mir gekauft wurde. Durch öftere Aufstellung wird eine Behauptung nicht wahrer. Es zeigt nur den Aerger über den Verlust des Wahlkreises. Auch in der Agitation wurde diese Behauptung des öfteren aufgestellt. Eine derartige Behauptung ist schamlos. (Beifall b. d. Ntl. Widerspruch rechts.)

Präsident v. Kröcher ruft den Abg. Schwabach zur Ordnung.

Abg. Dr. Pachnicke (Vp.): Die Entrüstung Dr. Hahns über Gesinnungswechsel hat auf mich wie ein guter Witz gewirkt. (Heiterkeit links.)

Abg. Schwabach (ntl., zur Geschäftsordnung): Ich stelle fest, daß ich den Ausdruck „schamlos" nicht in bezug auf ein Mitglied des Hauses gebraucht habe.

Präsident v. Kröcher: Ich habe es so verstanden, daß damit ein Mitglied des Hauses getroffen werden sollte. Ich werde mir die Entscheidung bis nach Einsichtnahme des Stenogramms vorbehalten.

Abg. Rahardt (frk.) bleibt dabei, daß Herr Stroßer ihn fragte: Sie werden doch nicht etwa die Selbständigkeit des Handwerkertums aufheben wollen.

Abg. Dr. Friedberg (ntl.): Die Darstellung Dr. Hahns über seine Lostrennung von den Nationalliberalen ist nicht richtig.

Beim Titel „Förderung der nichtgewerbsmäßigen Arbeitsvermittlung und Rechtsberatung für die minderbemittelten Bevölkerungskreise bittet

Abg. Brütt (frk.) den Minister, darauf zu achten, daß die paritätischen Arbeitsnachweise von Sozialdemokraten nicht mißbraucht werden.

Abg. v. Arnim-Züsedom (kons.) wünscht Unterstützung der Auskunftsstellen des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie.

Handelsminister Dr. Sydow: Es werden nur solche Vereine mit Unterstützungen bedacht, die vollständig unparteiisch sind und außerhalb des politischen Kampfes stehen. Nach diesem Grundsatze kann auch dem Reichsverbande für seine Auskunftsstellen keine Unterstützung gewährt werden.

Abg. Leinert (Soz.) stellt die Arbeitsnachweise und Auskunftsstellen der Gewerkschaften als die leistungsfähigsten hin.

Abg. Rosenow (Vp.) meint, Rechtsauskunftsstellen müssen unparteiisch sein.

Abg. Imbusch (Ztr.) hebt die Erfolge der Rechtsauskunftsstellen des Christlichen Bergarbeiterverbandes hervor.

Beim Titel „Förderung der Fortentwickelung des kleingewerblichen Genossenschaftswesens" wünscht

Abg. Karow (kons.) Gewährung von Realkrediten zu niedrigem Zinsfuß an Kleingewerbetreibende. Vom Hansabund habe das Kleingewerbe nichts zu erwarten.

Damit ist der Handelsetat erledigt.

Freitag 11 Uhr: Bauetat.

Schluß 5½ Uhr.

Deutscher Reichstag.

139. Sitzung vom Donnerstag, den 2. März, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Frhr. von Heeringen.

Der Militäretat.

Die Beratung wird fortgesetzt beim „Ankauf der Remontepferde".

Abg. Roske (Soz.) wendet sich gegen die Forderung der höheren Preise für Remontepferde. Abgeordnete, die finanziell dabei interessiert sind, sollten bei dieser Frage nicht mitstimmen. Das ist in jeder Stadtverordnetenversammlung so.

Abg. Rogalla von Bieberstein (kons.): Ich weise diesen Vorwurf, der sich gegen einen bestimmten Abgeordneten richtet, zurück. (Roske: Ich habe keinen Namen genannt!) Ich auch nicht! Die Regierung muß die höheren Preise zahlen, sonst geht die Warmblutzucht noch mehr zurück.

Abg. Gyßling (Vp.): Die höheren Preise sind gerechtfertigt. Bedenken Sie das große Risiko der Pferdezüchter! Eine Schädigung der Warmblutzucht kann im Kriege sehr gefährlich werden.

Abg. Varenhorst (Rp.): Diese Ausführungen kann ich nur unterschreiben. Der Redner bespricht die Verhältnisse in Hannover. Eine gute Remontezucht sichert auch einen guten Kavallerieersatz.

Abg. Roske (Soz.): Es ist bedauerlich, daß die Agrarier durch den Abgeordneten Gyßling unterstützt werden.

Abg. Frhr. von Gamp (Rp.): Ich habe auf meinem Gute die Remontezucht aufgegeben, weil sie durchaus unrentabel ist. Die Rede des Abgeordneten Gyßling hat uns allerdings Freude gemacht. Hoffentlich wird er beim nächsten Zolltarif für höhere Pferdezölle eintreten.

Abg. Fegter (Vp.): Wenn höhere Remontepreise notwendig sind, so ist das eine Folge der Zollpolitik der Rechten. Die Einführung der Kaltblutzucht an Stelle der Warmblutzucht ist eine Art Modekrankheit. Mit Herrn v. Gamp ziehen wir nicht an einem Strang.

Abg. von Bieberstein (kons.): Wir haben keine höheren Preise gefordert; wenn sie dennoch kommen sollten, dann ist Herr Roske das Karnickel. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Becker-Köln (Ztr.): Höhere Löhne für die ländlichen Arbeiter verlangt Herr Roske, aber woher sollen die Landwirte die Mittel nehmen, wenn sie nicht entsprechende Preise erzielen? Unsere Kriege haben bewiesen, was für uns eine gute Remontezucht bedeutet.

Abg. Roske (Soz.): Soviel ich weiß, ziehen die kleinen Leute nicht Pferde, sondern Ziegen und Karnickel, und die stehen hier nicht zur Debatte.

Generalleutnant Wandel: Im Jahre 1910 ist der Etat nicht überschritten worden. Wir hoffen, daß auch 1911 die Preise nicht steigen werden. Sollte es dennoch sein, dann müssen wir im Interesse unserer Landespferdezucht die erhöhten Preise zahlen. Auch ich muß betonen, daß die Pferde uns meist von kleinen Züchtern geliefert werden, nicht von großen.

Abg. Fegter (Vp.): Wir könnten unsere Pferdezucht am besten dadurch heben, daß wir die mittleren und kleinen Betriebe bedeutend vermehren; da brauchen wir keine hohen Pferdezölle. Da müßte man zuerst freilich die Fideikommisse aufheben.

Abg. Dr. Paasche (ntl.): Die Warmblutzucht sollte man möglichst da lassen, wo sie bodenständig ist und die Bevölkerung mit den Pferden umzugehen weiß.

Schatzsekretär Wermuth: Das finanzielle Reichsinteresse wird jedenfalls beim Ankauf der Remonten sorgfältig gewahrt. Das ist auch sehr nötig, denn es handelt sich um bedeutende Summen. Von den neunziger Jahren ist der Jahresposten von sechs auf über elf Millionen in die Höhe gegangen.

Diese Aussprache schließt hiermit.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19110303015/fragment/page=0002

Beim Militärerziehungs- und Bildungswesen befürwortet Abg. Dr. Müller-Meiningen (Vp.) eine Resolution, wonach denjenigen Militärpflichtigen, die eine hervorragende turnerische Ausbildung besitzen, Vergünstigungen bei der Erfüllung ihrer militärischen Dienstpflicht bewilligt werden können: Kürzere Dienstzeit, Vergünstigungen im Avencement.

Abg. **Cuno** (Vp.) hebt ebenfalls die Bedeutung einer guten turnerischen Ausbildung hervor und bekämpft die Verknüpfung der Bestrebungen zur Förderung des Turnwesens mit parteipolitische und konfessionellen Fragen. Der Kultusminister hat angeregt, mit der Turnerei eine Unterweisung in Kriegsgeschichte zu verbinden. Das lehnen wir ab.

Kriegsminister **von Heeringen:** Wir unterschätzen die Bedeutung des Turnens für das Heer sicher nicht. Unsere neuesten Turnvorschriften laufen darauf hinaus, den Turnunterricht auf möglichst zwanglose Grundlage zu stellen, damit das Turnen den Soldaten Freude macht. Aber man darf nicht zu weit gehen. Eine Verkürzung der Dienstzeit ist unmöglich. Jeder gute Turner ist nicht ohne weiteres ein guter Soldat, der tüchtiger im Schießen und beim Felddienst ist als andere Leute. Man kann auch nicht behaupten, daß ein Turner alles leisten kann. Und wenn wir die besten Elemente aus einem Jahrgang herausnehmen, dann schädigen wir ihn. Wer soll übrigens entscheiden, ob jemand ein guter Turner ist? Das sind alles große Schwierigkeiten. Ein intelligenter Turner wird sich auch von selbst durchsetzen. Wir schätzen das Turnen hoch, bitten aber, die Resolution abzulehnen.

Abg. Dr. **Goercke** (ntl.): Wir würden die Resolution annehmen, wenn die Spezialforderungen auf Verkürzung der Dienstzeit und Vergünstigungen im Avancement gestrichen werden.

Abg. Frhr. v. **Richthofen** (kons.): Auch wir schätzen die Turnerei hoch, weil sie die volkstümliche Gesinnung fördert. Leider hat sich die Turnerschaft auch einmal politisch betätigt. Wir stehen im übrigen auf dem Standpunkt des Kriegsministers.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Vp.): Gerade auf die Zeit der politischen Betätigung ist die Turnerschaft stolz, und uns ist sie deswegen besonders sympathisch. Um alle Bedenken zu beheben, stimmen wir dem Vorschlage des Dr. Goercke zu.

Die fortschrittliche Resolution wird auch in der modifizierten Form gegen Nationalliberale und Freisinnige abgelehnt.

Beim Artillerie- und Waffenwesen fordert Abg. Dr. **Weber** (ntl.) eine Teuerungszulage für die Handwerker in Spandau. Der Redner führt Beschwerde, daß älteren Beamten zugemutet wird, noch ein zweites Examen nachzumachen, wie es jetzt von den jüngeren Beamten gefordert wird.

Abg. **Schirmer** (Ztr.) begründet die Resolution seiner Fraktion, die den weiteren Ausbau der Arbeiterausschüsse fordert. Die Arbeiter der Militärbetriebe sollten auch in die Arbeitskammern einbezogen werden. Die Mitglieder der Arbeiterausschüsse müssen während ihrer Amtsdauer gesichert sein. In einer zweiten Resolution fordert der Redner eine Aufbesserung der Löhne. Bei der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sollen die Arbeiterausschüsse mitwirken.

Abg. **Pauly** (Potsdam, kons.) spricht für die Handwerker in den Spandauer Militärwerkstätten; sie seien schlechter bezahlt als Straßenfeger. Die Organisationen innerhalb der Werkstätten sollte man anerkennen. Eine Aussprache zwischen Vorgesetzten und Arbeitern kann nur im Interesse der Verwaltung liegen. Der Redner stimmt den Zentrumsresolutionen zu.

Generalmajor **Wandel:** Der gute Wille für die Arbeiterschaft ist vorhanden und wird betätigt. Aber wir müssen auf gleichmäßige Entlohnung sehen. Wir folgen der Konjunktur nach oben aber nicht nach unten. Die Löhne steigen andauernd und die Ausgaben für Wohlfahrtseinrichtungen, Versicherung usw. steigen von Jahr zu Jahr. Eine Teuerungszulage können wir den Handwerkern nicht gewähren; die Wünsche nach Statifierung verschiedener Kategorien von Handwerkern wollen wir erfüllen. Der General erörtert die Arbeitsverhältnisse und Arbeitsordnung.

Abg. **Böhle** (Soz.) fordert weitere Lohnerhöhungen für die Arbeiter in den Straßburger Werkstätten. Straßburg sei eine der teuersten Städte. Der Redner bespricht weiter die Verhältnisse der weiblichen Arbeiterschaft und verlangt u. a., daß die Arbeiterinnen nicht in den Privatwohnungen ihrer Vorgesetzten beschäftigt werden dürfen. Er hält seine vorjährige Beschwerde über die Begründung einer Strafgruppe in den Straßburger Werkstätten aufrecht. Der Kriegsminister meine es immer sehr gut, er werde aber von den unteren Verwaltungsbeamten nicht richtig informiert.

Kriegsminister **von Heeringen** verweist nochmals auf die Protesterklärung der gesamten sogenannten „Strafgruppe" gegen die vorjährige Behauptung Böhles. Die Arbeiter haben beschworen, daß sie den Protest freiwillig unterschrieben haben und daß sie nicht durch ihre Vorgesetzten dazu genötigt worden sind. Herr Böhle hat im vorigen Jahr der Beamtenschaft des Bekleidungsamtes Mißbrauch der Dienstgewalt vorgeworfen. Jetzt wirft er der Arbeiterschaft Meineid vor. Ich protestiere dagegen auf das Entschiedenste.

Abg. Dr. **Totthoff** (Vp.): Das Zentrum hat gleich mehrere Resolutionen auf einmal eingebracht. Es wird natürlich protestieren gegen den Verdacht, daß dabei gewisse Agitationsrücksichten mitspielen, aber Zweifel drängen sich doch auf. Die Resolution des Zentrums, wonach der Reichskanzler in Erwägungen eintreten soll, in welcher Weise invalide Arbeiter, Witwen und Waisen besser versorgt werden können, ist ein inhaltloser Reklame- und Agitationsantrag. (Lebhafter Beifall. Rufe vom Zentrum: Und Ihre?) Unsere Anträge haben wenigstens Inhalt. Der Redner bringt Wünsche der Kanzleibeamten vor.

Weiterberatung Freitag 1 Uhr.

Schluß 7½ Uhr.

Deutsches Reich.

Der Postetat in der Budgetkommission.

Auf Wunsch des Staatssekretärs des Innern wird die Budgetkommission am Freitag die Beratung des Postetats unterbrechen und zunächst den Etat des Reichsamts des Innern in Angriff nehmen.

Am Donnerstag wurde die abgebrochene Verhandlung über die Oberpost- und Telegraphenassistenten sowie die Vorsteher der Postämter dritter Kl. fortgesetzt. Im vorigen Jahre hatte die Forderung mehrerer Parteien des Reichstages, das nach der Vereinigung der Klassen der Post- und der Oberpostassistenten allgemein auf 3300 Mark festgesetzte Höchstgehalt auf 3600 Mark zu bringen, eine Hauptrolle gespielt. Der Antrag Beck (ntl.) und Eickhoff (Vpt.) will jetzt wenigstens für die Oberpostassistenten usw., soweit sie vor dem 1. Januar 1900 in den Dienst der Post getreten sind, in Form von persönlichen pensionsfähigen Zulagen von je 100 Mark nach dem 15., 18. und 21. Dienstjahre die Grenze von 3600 Mk. wenigstens für diese Beamten erzielen. Dieser Antrag wird besonders vom Zentrum bekämpft, und es kommt infolgedessen zu einem starken Zusammenstoß zwischen dem nationalliberalen Referenten und dem Hauptwortführer des Zentrums, den ersterer an seine vorjährigen Erklärungen erinnert, wo es von seiten des Zentrums bezüglich der dreitausendsechshundert Mark-Grenze geheißen habe: Biegen oder brechen! Und jetzt sei das Zentrum gebrochen. Von konservativer Seite wird ein Vermittlungsantrag gestellt, der den Oberpostassistenten usw. eine persönliche Zulage von dreihundert Mark drei Jahre nach dem Genuß ihres Höchstgehalts gewähren will. Die Sozialdemokraten lehnen diese Anträge ab, weil sie überhaupt eine allgemeine Revision der Besoldungsordnung verlangen.

Schatzsekretär Wermuth bekämpft die Anträge mit Entschiedenheit und wendet sich namentlich gegen die Auffassung, daß man für die Beamten einer Verwaltung aus dem Grunde besser sorgen könne, weil die Verwaltung Ueberschüsse bringe. Die ganze Gehaltsreform würde dadurch wieder aufgerollt werden. Seit der Reform von 1909 habe sich in den Verhältnissen der Beamten nichts geändert. Bei der Militärvorlage sei die Hauptsorge gewesen, ob man die Kosten werde aufbringen können. Er habe erklärt, daß bei äußerster Sparsamkeit die Finanzierung des Etats gelingen werde. Aber dazu brauche man eben auch die Ueberschüsse der Postverwaltung.

In der Abstimmung wird die Resolution Beck-Eickhoff mit 19 gegen 8 Stimmen abgelehnt; die Minderheit setzt sich zusammen aus den Freisinnigen, den Nationalliberalen und dem Vertreter der Wirtschaftlichen Vereinigung. Die Resolution der Konservativen (Dr. Droescher) wird mit 14 gegen 13 Stimmen angenommen.

Beim Titel Post- und Telegraphengehilfinnen sind 354 Stellen mehr angefordert. Auf verschiedene Anfragen und Klagen über die Verringerung der Diäten und des Wohnungsgeldzuschusses, die Verlangsamung des Avancements, die die Folge davon sei, daß im vorigen Jahre keine neuen Stellen geschaffen sind, die Ersetzung von Gehilfinnen durch mittlere Beamte, die nichtentsprechende Regelung des Urlaubs usw. erklärt der Ministerialdirektor, die Diäten seien nicht geringer, nur die Berechnungsart des Alters sei eine andere geworden; dadurch kämen die Gehilfinnen freilich etwas später in die höheren Klassen, der Ausgleich sei aber durch frühere Anstellung gegeben. Richtig sei es, daß der Wohnungsgeldzuschuß geringer geworden sei, man habe die Gehilfinnen den Leutnants gleichgestellt. Die entbehrlich gewordenen Gehilfinnen würden in den Telephondienst überführt, das müßten sie sich wie die Männer gefallen lassen. Der Urlaub müsse, in Berlin wenigstens, nach dem Lebensalter bemessen werden.

Der Regierungsvertreter sagt Erwägung des Wunsches nach Anstellung einer Aerztin bei den Postkrankenkassen zu. Die Erfahrung mit dem weiblichen Personal sei aber noch nicht so ausreichend, daß man allgemein zu lebenslänglicher Anstellung übergehen könne.

Der Ministerialdirektor beantwortet eine Anfrage, ob eine Verfügung bestehe, daß Dienstmädchen nicht als Telegraphengehilfinnen angestellt werden dürfen, mit Nein. Der Wunsch bezüglich Erweiterung des Urlaubes in Königsberg und einigen anderen Städten wird wohlwollend erwogen werden.

Für Unterbeamte in gehobenen Dienststellungen werden 500 Stellen mehr angefordert, ferner Ortszulagen für die Unterbeamten im Kolonialdienst. Der Referent fordert solche Ortszulagen auch für die Kolonialbeamten anderer Kategorien der Verwaltung.

Der Korreferent bittet um Erweiterung des Urlaubs der Oberschaffner von zehn auf vierzehn Tagen. Die gehobenen Unterbeamten petitionieren um Erhöhung ihres Gehalts von bisher 1400 bis 2100 auf 1600 auf 2200, und die Unterbeamten (Briefträger) von bisher 1100 bis 1400 auf 1200 bis 1800 Mark. Der Korreferent betont, daß die Unzufriedenheit in diesen Kategorien geblieben ist, zumal bei den Verheirateten mit größerer Kinderzahl, und tritt besonders für einen höheren Wohnungsgeldzuschuß ein, damit auf diesem Wege geholfen werde, wenn die Besoldungsordnung nicht geändert werden soll.

Der Neubau des Opernhauses.

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses beriet am Donnerstag beim Etat des Finanzministeriums den Titel 9 Kapitel 24 für weitere Vorarbeiten zu den Grunderwerbskosten aus Anlaß des geplanten Neubaues eines Königlichen Opernhauses in Berlin, 581 025 Mk. Es handelt sich um eine Teilsumme für den Erwerb mehrerer Grundstücke im Anschluß an das Krollsche Grundstück. Der Kommission wird ein genauer Grundriß vorgelegt und erläutert. Daraus ergibt sich, daß auf dem Krollschen Grundstück ohne Hinzunahme anzukaufender Grundstücke das Opernhaus nicht errichtet werden kann.

Die Regierung gibt nähere Erläuterungen über die Gesamtkosten des Neubaues, die auf 21 Millionen veranschlagt werden, und zwar nur für den Bau als solchen mit etwa 12 Millionen, mit der der Krone zustehenden Superficies mit etwa 3 Millionen, während der Rest auf Zuerwerb von Grundstücken (abzüglich Wiederveräußerung) und innere Einrichtungen fällt. Demgegenüber wirft die Krone die Superficies mit 3 Millionen ein. 2,85 Millionen wird das Dekorationsmagazin in der Französischen Straße ergeben, 8 Millionen werden auf das alte Opernhaus gerechnet, zusammen 13,85 Millionen, so daß 7,15 Millionen als Aufwendungen des Staates übrig bleiben werden. Die Regierung gibt ferner Auskunft über die Art des Neubaues; Bauherr und Eigentümer soll der Fiskus sein, doch sollen genaue Abmachungen mit der Krone über die Unterhaltung erfolgen.

Aus der Kommission wurde der Wunsch geäußert, daß das alte Opernhaus mit Rücksicht auf seine Lage und seine Geschichte dem Staate bezw. der Krone für öffentliche Veranstaltungen erhalten bliebe und daß dazu, sei es aus Staatsmitteln, sei es auf anderem Wege, die erforderlichen Mittel beschafft würden.

Da die Plenarberatungen begannen, wurde die Erörterung abgebrochen, um am Freitag fortgesetzt zu werden.

Kleine vermischte Nachrichten.

Der Rücktritt des Oberpräsidenten von Pommern Frhrn. v. Maltzahn-Gülz ist von verschiedenen Seiten angekündigt worden. Die „Ostsee-Ztg." meldete, Frhr. v. Maltzahn habe ein Gesuch um Verabschiedung zum 1. April eingereicht, der Kaiser aber habe diesem Verlangen widersprochen mit dem Bemerken, daß eine Verabschiedung vor dem 1. Oktober nicht erfolgen könne, da er den Wunsch habe, den ersten Beamten der Provinz Pommern, der sich als Oberpräsident und schon früher um sie verdient gemacht habe, während seines Besuches in Stettin und Pommern an seiner Seite zu haben. — In einer Zuschrift an die „Ostsee-Ztg." erklärt Frhr. v. Maltzahn: „Die Nachricht ist durchaus unbegründet. Ich habe ein Abschiedsgesuch nicht eingereicht, und Aeußerungen Seiner Majestät, wie sie die erwähnte Notiz anführt, sind nicht erfolgt."

Der Magistrat Berlin hat für die Mittagspeisung bedürftiger Volksschulkinder 130 000 Mark bewilligt. Von anderer Seite waren in den letzten Jahren außerdem noch erhebliche Beiträge für diesen Zweck bereitgestellt worden.

Die Etatskommission des brandenburgischen Provinziallandtages beschloß für den am 1. Januar aus dem Amte scheidenden Landesdirektor der Provinz Brandenburg, Freiherrn von Manteuffel, als Pension die Auszahlung des vollen Jahrgehaltes von 18 000 Mark beim Plenum des Landtages zu beantragen.

Ferner wurde beschlossen, in Anbetracht der Verdienste, die sich Freiherr v. Manteuffel erworben, ihm ein Ehrengeschenk aus Provinzialmitteln zu bewilligen.

Hof- und Personalnachrichten.

Prinz Joachim als aktiver Leutnant.

Die Einstellung des Prinzen Joachim in die Leibkompagnie des 1. Garderegiments fand Donnerstag nachmittag im Beisein des Kaisers im Langen Stall zu Potsdam statt.

Um 2 Uhr nahm dort die Leibkompagnie des 1. Garderegiments zu beiden Seiten eines Feldaltars Aufstellung. Außer dem Kaiser, der die Einstellungszeremonie selbst vornahm, waren alle in Berlin weilenden Prinzen zu der Feier erschienen, sowie die Kaiserin und die Prinzessin Viktoria Louise. Anwesend waren ferner: Der Stadtkommandant von Potsdam, Generaloberst von Plüskow, General v. Löwenfeld, der Kommandeur des 1. Garderegiments Oberst v. Kleist und mehrere fremdländische Offiziere. Prinz Joachim leistete den Eid auf die Fahne, die von Oberst v. Kleist gehalten wurde.

Nach der Vereidigung hielt der Kaiser eine kurze Ansprache an die Offiziere und Mannschaften. Während der Feier war der Lustgarten für das Publikum gesperrt.

Ausland.

Der österreichische Thronfolger.

Aus Wien wird gemeldet:

Die Gerüchte, die von einer neuerlichen Erkrankung des Erzherzog-Thronfolgers Franz Ferdinand sprechen, sind völlig falsch. Erzherzog Franz Ferdinand befindet sich im besten Wohlsein; er hat Donnerstag mit seiner Gemahlin mehrere Ateliers besucht. Die Reise nach Brioni ist schon seit Monaten festgesetzt, und was den Umstand betrifft, daß der Erzherzog an keiner Hoffestlichkeit teilnimmt, so ist ebenfalls schon seit längerer Zeit bekannt, daß dies nur der Etikettenfragen halber unterbleibt, die mit der Stellung seiner Gemahlin, der Herzogin von Hohenberg, zusammenhängen.

Die russischen Judenausweisungen.

(Maßlose Greuelszenen.)

Aus Wien meldet das „B. T.":

Eine aus Rußland im galizischen Grenzort Podwoloczyska angekommene jüdische Familie berichtet von grauenhaften Szenen, die sich im Gouvernement Tschernigow bei den neuerlichen Judenausweisungen ereigneten. Der Gouverneur hat an alle Behörden die Weisung ergehen lassen, sämtliche Juden, die weniger als zehn Jahre dort wohnen, unverzüglich auszuweisen. Demgemäß gingen die Behörden mit rücksichtsloser Strenge vor. Kranke und Greise werden aufs Pflaster geworfen. Der Getreidehändler Kopalewski bekam den Befehl, binnen 24 Stunden den Ort mit Weib und Kind zu verlassen. Da aber die Frau erst seit sechs Tagen Wöchnerin ist, bat er um einen Aufschub, wurde aber abgewiesen, und nach 24 Stunden erschien die Polizei, um die Familie gewaltsam zu entfernen. Kopalewski wurde von der Polizei mit der Nagajka erschlagen, sein Diener durch einen Revolverschuß getötet. Die Wöchnerin erlitt einen Ohnmachtsanfall und wurde in das Spital transportiert, wo sie an einer Lungenentzündung, die sie sich durch den Transport zugezogen hatte, starb.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 3. März.

Die 3. Vollversammlung der Handwerkskammer.

(Schluß.)

Dem Tätigkeitsbericht des Kammerbeauftragten Herrn Blume ist folgendes zu entnehmen: Revidiert wurden seit der letzten Versammlung insgesamt 1265 Betriebe, von denen 356 zusammen 818 Lehrlinge beschäftigten; 524 waren Alleinbetriebe. Ermittelt wurden 86 Lehrlinge, die noch nicht gemeldet waren. Das Lehrlingswesen hat sich gegen früher derart verschoben, daß in den größeren Städten die jungen Leute nicht mehr an des Meisters Tisch essen oder in seiner Wohnung schlafen. In nicht wenigen Betrieben behilft man sich mit Arbeitsburschen; der Grund hierfür soll in der Heranziehung der Lehrlinge zum Fortbildungschulunterricht, also in der dadurch häufigen Abwesenheit vom Betriebe liegen. In Halle unterstehen der Aufsicht der Kammer 2660 Betriebe, in 727 derselben wurden Lehrlinge gehalten. Alleinbetriebe waren es 1037. Es gab Betriebe, in denen lediglich Lehrlinge, und zwar in größerer Zahl, beschäftigt wurden. Ermittelt wurden 233 Lehrlinge, die in die Listen nicht eingetragen waren. Wegen Nichtbeachtung der gesetzlichen Vorschriften mußten mehrfach Strafen verhängt werden.

Dem Gesuche der Glaserinnung zu Eilenburg um Verleihung des Gesellenprüfungsrechts wurde nach Empfehlung durch den Vorstand stattgegeben. Die Lehrzeit im Sattler- und Tapeziererhandwerk sollte künftig auf drei Jahre festgelegt werden. Die Antragsteller ließen sich durch die Ausführungen des Vorstandes indessen eines anderen belehren. Danach bleibt es bei Doppelberufen bei einer vierjährigen Lehrzeit. Bei nur einem Gewerbe kann eine kürzere Lehrzeit Platz greifen.

Die Errichtung einer

Lehrstellenvermittlung

wurde nach Darlegung der Gründe hierfür durch Herrn Blume zugestimmt. Es wurde folgende Resolution angenommen: „Die Kammer richtet eine Lehrstellenvermittlung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19110303015/fragment/page=0003

ein, deren Benutzung für die Betreffenden kostenlos ist. Der Lehrstellenvermittlung wird zur Vorberatung geeigneter vorläufiger und dauernder Maßnahmen ein Ausschuß zur Seite gestellt, deren Mitglieder aus denjenigen Orten entnommen werden, in denen die Lehrstellenvermittlung Lehrlinge untergebracht hat bezw. unterbringen soll. Diese Kommissionsmitglieder haben mit den Orts- oder Kreisausschüssen der öffentlichen Jugendpflege Fühlung zu halten und in diesen nach Möglichkeit das Interesse des Handwerks zu vertreten. Der Lehrstellenvermittlung selbst haben sie als ehrenamtlich wirkende Vertrauensmänner zu dienen, Vorschläge zu unterbreiten und Auskünfte zu gewähren. Der Kammervorstand wird beauftragt, die Lehrstellenvermittlung durch Erlaß einer besonderen Ordnung zu regeln."

Die Abgrenzung der Meisterprüfungskommissionsbezirke macht sich aus verschiedenen, vom Vorstand der Kammer dargelegten Gründen nötig. Man beschloß: die Kreis-Prüfungskommissionen für Maler und Dachdecker sind einzuziehen und an deren Stelle folgende Prüfungskommissionen zu ernennen: Für Maler in Halle, Naumburg und Wittenberg, für Dachdecker in Halle, Weißenfels und Torgau. Die Kreis-Prüfungskommissionen in Cölleda, Mansfeld, Querfurt, Herzberg und Düben sind überhaupt aufzuheben. Ferner wurde noch ein Antrag: Nachtrag zu § 1 Abs. 2 der Prüfungsordnung angenommen, dahingehend: „Erforderlichenfalls kann der Kammervorstand die Zuständigkeit aufheben und den Prüfling einer anderen, leichter erreichbaren, ihm näher liegenden Prüfungskommission überweisen."

Der Haushaltsplan für 1911 wurde in Einnahme und Ausgabe gleich auf 50 250 Mark festgesetzt. Mit einem Hoch auf das Handwerk wurde die Tagung geschlossen. Danach gemeinsames Essen im „Ratskeller".

Verband für Säuglingsschutz. Unter dem Vorsitze des Oberpräsidenten Herrn von Hegel wird am Mittwoch, den 8. März, um 6 Uhr eine Versammlung des Verbandes für „Säuglingsschutz in der Provinz Sachsen" in der Aula der Städtischen Mittelschule, Charlottenstraße 15, 2 Treppen, stattfinden. Die ersten drei Punkte der Tagesordnung füllen Verbandsgeschäfte. Unter Punkt 4 ist ein Vortrag des Herrn Geheimen Medizinalrats Professors Dr. Veit in Halle über „Weitere Begründung der Notwendigkeit moderner Bestrebungen auf dem Gebiete der Säuglingsfürsorge" vorgemerkt; unter Punkt 5 ein Bericht des Herrn Professors Dr. von Drigalski und Dr. med. Kathe in Halle „Ueber Maßnahmen zum Schutz der Säuglinge in Halle a. S.". Den Beschluß der Versammlung werden geschäftliche Mitteilungen bilden.

Provinzial-Nachrichten.

Die Biersteuer.

Leipzig, 1. März. Die hiesigen Stadtverordneten beschäftigten sich in stundenlanger Beratung mit der Einführung einer kommunalen Biersteuer. Schließlich gelangte die Ratsvorlage mit 38 gegen 31 Stimmen zur Annahme, wonach die kommunale Biersteuer zur Einführung kommt. Dieser Beschluß wurde von den Sozialdemokraten mit anhaltenden Pfuirufen aufgenommen.

Gedenkfeier des deutschen Schützenbundes.

Gotha, 2. März. Zur Erinnerung an die im Jahre 1861 hier unter dem Protektorat des Herzogs Ernst II., des „Schützenherzogs", erfolgte Gründung des deutschen Schützenbundes soll dort im Sommer die fünfzigjährige Gedenkfeier dieses Ereignisses besonders festlich begangen werden. Die Vorbereitungen liegen in den Händen der dortigen Alt-Schützengesellschaft.

Es wird erwartet, daß sich alle Bundesvereine durch Abordnungen beteiligen, besonders die, welche bereits an der Gründung des Bundes teilnahmen.

Auszeichnungen.

Dem Tischler Louis Wittig zu Groß-Ottersleben im Kreise Wanzleben, dem Stellmacher August Heinrich, dem Sattler August Sens, dem Hobler Wilhelm Wiedig, dem Heizer Hermann Hienzsch, dem Arbeiter August Schwarzfeld, sämtlich zu Magdeburg, ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden.

Radewell, 1. März. (Gemeindevertretung.) Am 27. Februar fand im Hoffmannschen Gasthofe eine Sitzung der Gemeindevertretung statt. Bekannt gegeben wurde, daß Herr Junghanns, der in der vorigen Sitzung als Gemeindevorsteher auf 6 Jahre wiedergewählt wurde, als solcher vom Kgl. Landratsamt bestätigt worden ist. Gegen den von Ammendorf gestellten Antrag: Teilung des Amtsbezirkes Ammendorf, haben die Gemeindevertreter Radewells nichts einzuwenden, vorausgesetzt, daß der Staatsbeitrag für Radewell derselbe bleibt und die Amtsunkosten nicht höher werden. Außerdem wurde mit der Gemeinde Ammendorf über den Beitrag zu den Schullasten Radewells eine Einigung erzielt, dergestalt, daß Ammendorf an Radewell für die letzten drei Jahre die Summe von 4100 Mark zahlt. Für die folgende Zeit wird der Zuschuß von Jahr zu Jahr festgesetzt. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde beschlossen: Pflasterung eines Gehweges; Zahlung einer Entschädigung an Herrn Nette jun. für Hilfeleistung bei einem Brande; Verkauf von Gemeindeland zu Bauzwecken; Bewilligung von Armenunterstützungen.

Zeitz, 2. März. (Selbstmord.) Hier hat sich der Chef des bekannten Bankhauses Gebler u. Co., der 65jährige Hermann Gebler, durch Erhängen das Leben genommen. Gebler war lange Jahre Stadtverordneter und bis Ende 1910 Vorsteher des Stadtverordnetenkollegiums.

Heldrungen, 1. März. (Blitzschlag.) Um die Mitternachtsstunde ging letzthin ein ziemlich starkes Gewitter über unsere Gegend. Ein Blitzstrahl traf die Kirche in Oberheldrungen, wodurch 18 Fensterscheiben zertrümmert, die Fahne heruntergerissen und eine beträchtliche Menge Kalkputz abgerissen wurde. Auch ein Grab auf dem Friedhofe wurde zum Teil verwüstet.

Eisleben, 2. März. (Große Diebstähle.) Gestern morgen kam die hiesige Polizei einem großen, weit verzweigten Diebstahle auf die Spur. Frau K. von hier hatte einem hiesigen Großgeschäftsinhaber, bei dem sie die Aufwartung hatte, nach und nach Ware von über 1000 Mk. entwendet, die sie bei ihrer Schwiegermutter, bei einem auf dem Klosterplatze wohnenden Anwohner und bei Verwandten in Erdeborn untergebracht hatte. Die Waren hier und in Erdeborn sind aufgefunden und beschlagnahmt worden. Außerdem wird vermutet, daß außerhalb noch mehr gestohlene Ware untergebracht ist. Die hiesigen und auswärtigen Polizeibehörden sind eifrigst auf der Suche nach weiteren in dieser Angelegenheit gestohlener Sachen. Ferner wurde noch festgestellt, daß dieselbe Frau einem andern Geschäftsinhaber hier Wolle von erheblichem Werte gestohlen hat. Frau K., die sämtliche Diebstähle eingestanden hat, ist in Haft genommen.

Weimar, 1. März. (Zur Wahl des Ersten Bürgermeisters.) Gestern hat unter Vorsitz des Gemeinderatsvorsitzenden Geh. Kommerzienrats Döllstädt die Kommission zur Vorbereitung der Wahl des Ersten Bürgermeisters der Stadt Weimar getagt. Nach dem Vortrag des Berichterstatters, Finanzrat Dr. Neumann, über sämtliche Bewerbungen, wurde einstimmig beschlossen, außer dem Bürgermeister Dr. Donndorf noch weitere vier Bewerber dergestalt ins Auge zu fassen, daß neben den über sie bereits vorliegenden Zeugnissen, Referenzen, zunächst noch weitere eingehende private Erkundigungen über die Gesamtbefähigung der Betreffenden eingezogen werden sollen.

Kunst und Wissenschaft.

Professor van 't Hoff †.

Aus Berlin wird gemeldet: Prof. Jacobus Henricus van 't Hoff, der berühmte Chemiker der Berliner Universität ist an den Folgen eines Lungenleidens gestorben.

Theater und Musik.

Skandalszenen beim „Rosenkavalier" in der Skala.

Bei der Erstaufführung des „Rosenkavalier" von Richard Strauß in der Mailänder Skala kam es zu lebhaften Skandalszenen. Nach dem zweiten Akt pfiff und johlte das Publikum. Von der Galerie wurden, um die Vorstellung zu stören, Mengen von Flugblättern ins Parkett geworfen. Richard Strauß wohnte der Vorstellung bei.

Auch in Frankfurt a. M. ging der „Rosenkavalier" nach langer, sorgfältiger Vorbereitung zum erstenmal in Szene. Das Publikum kargte nicht mit Beifall. Die äußere Inszenierung mit den Dekorationen von Roller machte einen außerordentlich starken Eindruck und trug wesentlich zu dem äußeren Erfolg des Werkes bei. Dagegen vermochte das Werk selbst, sowohl der Text wie die Motive, doch nur teilweise zu erwärmen.

Bühnenchronik.

Ein neues Drama von Melchior Lengyel, dem Verfasser des „Taifun", hat soeben, den „L. N. N." zufolge, im Budapester Lustspieltheater seine Uraufführung erlebt. Das Drama führt den Titel „Der Prophet" und spielt auf einem australischen Eiland, wo gutmütige Wilde ein idyllisches Dasein führen. Unter sie tritt der Abenteurer Percival Boyer Burton, um diese wehrlosen Insulaner auszubeuten und sie durch abergläubische Furcht zu Minenarbeiten zu bewegen. Die naive Liebe der armen Wilden rührt das Herz Burtons und er wird ein guter und liebevoller Freund und Beschützer seiner Wilden, die ihn wie ein höheres Wesen anbeten. In visionärer Versunkenheit beginnt er an sich selber zu glauben, und das wird sein Verhängnis. Die Engländer unterwerfen die Wilden mit Feuer und Schwert und auch Percival fällt. Lengyel wollte in dem Drama das psychologische Problem von der Wandelbarkeit des menschlichen Charakters aufrollen, doch ist ihm die Aufgabe, die er sich gestellt hat, nicht plastisch genug gelungen. Trotz diesen Mängeln fand das interessante Werk vollen Beifall und der Verfasser wie die Darsteller wurden wiederholt vor die Rampe gerufen.

n. Man schreibt uns aus Magdeburg: Die Aufführung des „König Oedipus" durch das Reinhardt-Ensemble, die hier im Zirkus Sarasani vor ausverkauftem Hause stattfand, fand ungeteilten Beifall. Bonn als König Oedipus spielte hinreißend.

Weiter wird uns aus Magdeburg gemeldet: Dienstag abend fand im hiesigen Stadttheater die Erstaufführung von Richard Strauß „Rosenkavalier" statt. Die Dürftigkeit der Handlung und das Wenig-Verständliche der Musik hatten zur Folge, daß die Aufführung nur geteilten Beifall fand.

„Das heilige Krokodil", nach Eugen Hektai, deutsch von Wilh. Wolff, Musik von Miklos Forrai, erzielte bei der deutschen Uraufführung am Elberfelder Stadttheater einen durchschlagenden Erfolg. Der Spielleiter Kurt Goritz, die Darsteller sowie die Autoren wurden wiederholt gerufen.

Luftschiffahrt.

Ein Lenkballon vom Sturm zerstört.

Der Sturm, der in diesen Tagen in Ostfrankreich wütete, hat den aeronautischen Park von Hermonis bei Verdun vollständig zerstört. Die Schuppen sind eingestürzt. Unter den Trümmern befindet sich auch der Lenkballon der Ingenieure Bot und l'Allemand. Dieser Ballon war 75 Meter lang, 25 Meter breit und 28 Meter hoch. Bei dem Einsturz der Halle ist der Lenkballon, der fast fertig war, zerstört worden. Die Einrichtung der Gondel dieses Lenkballons hatte in Fachkreisen großes Interesse erregt. Das Luftschiff ist eine Art Kombination von Flugmaschine und Ballon. Die Gondel befindet sich unter einer 65 Meter langen und 15 Meter breiten Tragfläche, über die sich die Ballonhülle in Halbmondform spannt.

Die beiden Ingenieure haben den Versuchen mit diesem Ballon ihr ganzes Vermögen geopfert und der Bau des gegenwärtigen Ballons war ihnen nur durch eine öffentliche Sammlung ermöglicht worden. Mit den Probeauffstiegen sollte in den nächsten Tagen bereits begonnen werden.

Vermischtes.

Die Pest.

Nach einer Meldung des „Newyork Herald" aus Peking ist am Mittwoch in Fudjadjan bei Charbin kein Todesfall vorgekommen. Im übrigen aber dehnt sich die Seuche mit furchtbarer Schnelligkeit im Norden der Mandschurei und westlich des Flusses Liaojong aus. Auch in der russischen Stadt Blagoweschtschensk am Amour sind einige Pestfälle vorgekommen. Das Chinesenquartier liegt mitten in der Stadt und bedeutet eine große Gefahr für die russische Bevölkerung.

Genickstarre in Bayreuth. In Bayreuth sind drei Kinder einer Familie in der Schule plötzlich an Genickstarre erkrankt. Der Zustand der Kinder ist sehr bedenklich, eins davon soll bereits gestorben sein. Das Haus, in dem die Kinder wohnten, wurde sofort gesperrt und die Familie im Krankenhause untergebracht; von dort ist jetzt der Vater der Erkrankten entwichen und wird polizeilicherseits gesucht. Die Behörden haben die umfassendsten Vorsichtsmaßregeln getroffen.

Aus dem Fenster gestürzt. Aus dem Fenster der fünften Etage stürzte sich Donnerstag vormittag im Hause Winsstr. 24 in Berlin die 50jährige Tochter einer Rentiere auf den Hof hinab. Schwerverletzt wurde sie nach dem Krankenhause transportiert.

Der verschwundene Bürgermeister von Usedom. Die Verwandten des Bürgermeisters Trömel, dessen Verschwinden aus Usedom wir meldeten, haben 500 Mark Belohnung demjenigen ausgesetzt, der eine auf die Spur des Verschollenen hinweisende Nachricht bringt. Entsprechende Mitteilungen nimmt der Schwager des Bürgermeisters, Kaufmann Gerhard Richter in Steglitz, Schloßstraße 52, entgegen. Trömel war übrigens vor Usedom Bürgermeister in Hirschberg a. d. Saale.

Dany Gürtler, der König der Reklame, der sich seit einiger Zeit in einer Nervenheilanstalt in Heidelberg befindet, ist, nachdem er in den ersten Wochen gegen seine Unterbringung protestiert hatte, nun schwer erkrankt. Er leidet an schweren Tobsuchtsanfällen und darf selbst seine nächsten Angehörigen nicht mehr empfangen.

Letzte Nachrichten.

Das Kabinett Monis.

HTB. **Paris,** 2. März. (Privat-Telegramm.) Das neue Kabinett ist nunmehr endgültig festgesetzt. Die Ressorts sind folgendermaßen besetzt: **Monis** Vorsitz und Inneres; Perrier Justiz; Cruppi Krieg; Caillaux Auswärtiges; Steleg Unterricht; Berteaux Krieg; **Delcassé Marine**; Dunot Bauten; Pams Landwirtschaft; Massé Handel; Messimy Kolonien und Boncourt Arbeit. Als Unterstaatssekretäre fungieren im neuen Kabinett: Malvy Inneres; Jaumet Post- und Telegraphenwesen; Dujardin-Baumetz schöne Künste. — Die neuen Minister haben sich nachmittags dem Präsidenten Fallières vorgestellt. Abends findet der erste Ministerrat statt, in dem das Regierungsprogramm verlesen und endgültig abgefaßt werden wird.

Paris, 2. März. Wie die „Agence Havas" meldet, wird das neue Kabinett in seinem Programm in bezug auf die auswärtige Politik betonen, daß es den festen Willen hat, an den bestehenden Allianzen und Ententen festzuhalten.

Landtagsersatzwahl Bielefeld-Halle-Herford.

h. **Bielefeld,** 2. März. Bei der Landtagsersatzwahl Bielefeld-Halle-Herford für den verstorbenen Abgeordneten Meyer (kons.) erhielt der Malermeister Lieneweg (kons.) 484 und Reichstagsabgeordneter Conze (natl.) 203 Stimmen. 372 Wahlmänner — Sozialdemokraten und Christlichsoziale — beteiligten sich nicht an der Wahl.

Streikende in Weißenfels?

Weißenfels, 2. März. (Privat-Telegramm.) Der Zentralverband der Schuharbeiter nahm den Spruch des Schiedsgerichts unter der Bedingung an, daß alle Betriebe bei etwaiger achtstündiger sonnabendlicher Arbeit für alle Wochentage eine Arbeitszeit von neuneinhalb Stunden festsetzen müssen. — Morgen sollen über diesen Punkt die Verhandlungen fortgesetzt werden. Beendigung des Streiks gilt als wahrscheinlich.

Aufstand in Fes.

Paris, 2. März. Unter den Scherardastämmen ist ein Aufstand gegen Mulay Hafid ausgebrochen. Der Sultan hat die Kaids zusammenberufen, sie beauftragt, mit ihren Mahallas gegen die Aufständischen zu marschieren, und die französische Militärmission ersucht, die Heereshaufen zu begleiten. In Fes herrscht große Aufregung. Man vermutet, daß die europäischen Konsuln im Hinblick auf die möglichen ernsten Folgen des Aufstandes ihre Staatsangehörigen auffordern werden, sich zur Abreise aus Fes bereit zu halten.

Verschwörung in Korea.

W. **Moskau, 2. März. Nach Meldungen russischer Blätter ist in Korea eine neue umfassende Verschwörung entdeckt worden. Die an ihr beteiligten Koreaner planten die völlige Zerstörung der großen, von den Japanern erbauten Bahnlinie von Söul nach Fusan. Gleichzeitig sollte eine Art sizilianischer Vesper in Söul abgehalten und alle Japaner ermordet werden. Es sollen Briefe aufgefunden worden sein, aus denen hervorgeht, daß 50 000 Koreaner ihre Bereitwilligkeit erklärten, an der Zerstörung der Bahn teilzunehmen.**

Vermischte Drahtnachrichten.

München, 2. März. In einer hiesigen Pension hat sich ein 30jähriger **Provinzredakteur durch drei Revolverschüsse getötet.** Das Motiv ist unbekannt.

Paris, 2. März. In der Nacht vom 10. zum 11. März wird die **Greenwicher Zeit in Frankreich eingeführt.** Alle öffentlichen Uhren werden um Mitternacht angehalten werden und nach 9 Minuten 21 Sekunden wieder in Bewegung gesetzt werden.

Unterhaltungsblatt.

Gestern noch auf stolzen Rossen. Roman von Horst Bodemer. (Forts.) — Notquartier. Von Hans von Grottger. — Die „vier Elemente" in der Hygiene. — Literatur.

Leitung: Wilhelm Georg.
Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Ausland und Letzte Nachrichten: Karl Meitner; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Feuchtwanger; für den Inseratenteil: Albert Barth. Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.
— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. —
einschließlich Unterhaltungsblatt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19110303015/fragment/page=0004

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.".)

3 Uhr 10 Minuten. Kredit 213, Diskonto 199, Deutsche Bank 269,50, Berliner Handelsgesellschaft 173,87, Dresdner Bank 165,50, Russische Anleihe von 1902 93,25, Türkenlose 180,25, Lombarden 19,50, Kanada 216,87, Baltimore 103,87, Laurahütte 173,50, Bochumer Guss 235,62, Gelsenkirchen 218,37, Harpener 190,25, Deutsch-Luxemburg 201,37, Phönix 249,50, A. E.-G. 274,12, Siemens & Halske 242,87, Hamburger Paketfahrt 144,12, Nordd. Lloyd 108, Gr. Berl. Strassenbahn 200,50, Warschau-Wiener 210,75. Tendenz: Fest.

Am Kassamarkt notierten höher: Reichelbräu 2,75, Bolle Brauerei 6, Omnibus-Ges. 1,50, Hannoversche Immobilien 2, Akt.-Ges. f. Verkehrswesen 1,50, Berlin-Nordost Terrain 1,50, Heilmann Immobilien 1,75, Alsen Zement 2,50, Adler Fahrrad 3, Dürkopp 3, Velbert, Eisengiesserei 2, Görlitz Lüders 5, Düsseldorfer Waggon 2, Kappel Masch. 3, Kronprinz Metall 8, Linke Waggon 3, Baer & Stein 2,75, Seck Mühlenbau 1,50, Kammerische Werke 4,25, Concordia chem. Fabr. 5, Deutsche Gasglühlicht 3, Frankfurter Gas 6, Deutsche Waffenfabrik 3, Cerresheimer Glas 6, Gebr. Goedhardt 1,50, Karl Lindström 3, Köhlmann Stärke 5, Kostheim Zellulose 4, Akkumulatorenfabrik 1,50, C. Lorenz 2, Tillfabrik Flöha 2,25, Merkur Wolle 5,50, Waunderer Fahrrad 3, Deutsche Jute 2, Julius Berger 3, Kaliwerke Aschersleben 4,50, Aumetz-Friede 1,50, Georg Marie 3, Ilse Bergbau 1,50, Niederlausitzer Kohlen 2 und Riebeck Montan 3 Prozz.; niedriger: Dortmunder Unionsbrauerei 1,50, Lindener Akt.-Brauerei 2,75, Alexanderwerk 1,50, Balcke Tellering 2,50, Alfred Gutmann 6,25, Kirchner & Co. 2,40, Reichelt Metall 7,50, Ravensberger Spinnerei 6, Union chem. Fabr. 7,75 und Braunkohlen und Brikett 4,50 Proz.

Zum Kurszettel. Berlin, 2. März. 4% Badische Staats-Anleihe 08/09 unk. 18 101,50G. 4% Bayrische Staats-Anl. 101,75b. 4% Bayrische Staats-Anleihe 08 unk. 1918 101,30G. 4% Schwarzburg-Sondershausen —,—,—. 3½% Württemb. Staats-Anleihe 91,83 91,20bG. 3% Kameruner Eisenbahn-Anteile 94,25bG. 3½% Deutsch-Ostafrikanische Schuldverschr. gar. 93,40b. 4% Cottbuser Stadt-Anleihe 1900 —,—,—. 4% Darmstädt. Stadt-Anl. 1909 unk 16 104,40G. 3½% Dessauer Stadt-Anleihe 1896 —,—. 4% Düsseldorfer Stadt-Anleihe 1900, 07, 08, 09 100,10B. 4% Jenaer Stadt-Anl. 1900 100 00G. 3½% Jenaer Stadt-Anl. 1902 —,—,—. 4% Nordhäuser Stadt-Anleihe 1908 unkv. 1919 —,—,—. 4% Quedlinburger Stadt-Anl. 1903 unk. 1918 —,—,—. 4% Thorner Stadt-Anl. 1909 unk. 1919 —,—,—. 4 proz. Hessische Komm.-Obl. X-XII 101,40G. 3½% Oesterreichische Nord-Westbahn-Obligationen 1874 konv. —,—,—. 4% Deutsche Schwy-Werke 168,25B. 4½% Elberfelder Farben unk. 1917 104,00ebG. Felten & Guillaume-Lahmeyer 06, 08 —,—,— Vereinigte Lausitzer Glashütten 338,00G.

Londoner Börse vom 2. März. Es notierten: Fugi. Konsols 81,00, Rio Tinto 68,00, Geduld 1,28 Goldfields 5,62. Steel com. 79 31. Steel prefs. 122,37. Rand Mines 8,12. Anaconde 7,88, Eastrand 4,75. Chartered 1,62, Aurora West 0,75, Cinderella Cons. 1,81, Johannesburg Goldfields 0,37. Van Ryn 4,40, Alous (Generale) 1,90, Rand Collieries 2,40. West Rand Consols 21/0, General Mining & Fin. 1,84, A. Görz & Co. 1,28, Modderfontain 12,25.

Der Kali-Kuxenmarkt.

Berlin, den 2. März.

	Käuf.	Verk.		Käuf.	Verk.
Adolfsglück-Aktien.	61,00	63,00	Johannshall . . .	5300	5400
Alexandershall . .	13,850	13,950	Justus-Aktien	106,50	107,50
Beienrode	6000	6100	Kaiseroda	111,00	112,00
Bismarckshall-Akt. .	123	125,00	Krügershall - Aktien	125,25	126,50
Burbach	16,400	16,600	Ludwigshall-Aktien	84,50	86,00
Carlsfund	7123	7225	Neusollstedt	2825	2875
Deutsche Kali-Akt. .	153,25	154,25	Neustassfurt	14,400	14,800
Friedrichshall-Akt. .	112,00	113,00	Nordhäuser Kali-A. .	117,00	119,00
Glückauf-Sondersh.	22,100	22,500	Prinz Adalbert-Akt.	42,00	43,00
Grossherz v. Sachsen	10100	10,300	Reichskrone (Lossa)	1700	1775
Günthershall	6200	6300	Richard	1400	1475
Hannov. Kali-Aktien	90½	92,00	Ronnenberg-Aktien	124,50	125,00
Hansa Silberberg . .	5200	5300	Rothenberg	3550	3600
Hattorf-Aktien	142,50	143,50	Sachsen-Weimar . .	8300	8400
Heiligenroda	8300	8450	Salzdetfurth-Aktien	235,00	240,00
Heldburg-Aktien . .	89,75	91,25	Salzmünde	5450	5600
Heidrungen I	2875	2975	Siegfried I	6050	6150
Heringen	7400	7550	Siegmundshall - Akt.	107,00	—
Hermann II	3525	3600	Teutonia-Aktien . .	113	113,00
Hohenfels	8450	8550	Walbeck	—	7500
Hohenzollern	6950	7050	Wilhelmshall	13,300	13,500
Hugo	8050	8150	Wintershall	21,700	22,200
Ummenrode	6400	6350			

Gewerkschaft des Bruckdorf-Nietlebener Bergbauvereins, Halle a. S.

In der am 21. Februar abgehaltenen Grubenvorstands-Sitzung wurde die Bilanz pro 1910 vorgelegt. Dieselbe ergab einen Bruttoüberschuss von 801 246 Mk. (gegen 589 054 Mk. im Vorjahre); nach Abzug der Zinsen in Höhe von 164 120 (147 783) Mark und Abschreibungen von 282 057 (197 093) Mk. verbleibt ein Reingewinn von 355 068 Mk., zu dem noch der Gewinnvortrag aus 1909 mit 3732 Mk. hinzutritt.

Nach Abzug von 195 200 Mk. gezahlter Ausbeuten und nach Abrechnung der Tantiemen für Grubenvorstand, Direktion und Beamte soll der Rest mit 132 291 Mk. auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Keine Diskontermässigung in London. Die Direktoren der Bank von England haben am Donnerstag, entgegen der vielfach gehegten Erwartung, keine neue Ermässigung der Rate eintreten lassen. Sie blieb auf dem am 16. Februar normierten Stande von 3½ Proz. Es scheint dabei die Rücksicht auf bevorstehende weitere Rückstellungen für die indische Goldreserve obgewaltet zu haben.

Die Heldrunger Bank in Heldrungen verteilt eine Dividende von 7½ Proz.

Die Gewerkschaft Hermann II stellt wieder 50 Mk. Ausbeute für das erste Quartal in Aussicht.

Ilse, Bergbau-Akt.-Ges. Der Aufsichtsrat beschloss, der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 24 Proz. (wie i. V.) auf die alten Aktien und von 12 Proz. auf die neuen mit halber Dividendenberechtigung ausgegebenen Aktien vorzuschlagen.

Die Gewerkschaft Heiligenroda, die dem Wintershall-Konzern nahesteht, ist seit Anfang 1910 im Betriebe und erzielte im Jahre 1910 einen Nettoüberschuss von 480 380 Mk.

Metallindustrie Schönebeck A.-G., Schönebeck a. E. Nach dem Berichte des Vorstandes in der am 1. März abgehaltenen Aufsichtsratssitzung sind die Verkäufe in demselben Umfange abgeschlossen worden wie im Vorjahr, bei bis heute um etwa 7 Proz. gestiegener Umsatzziffer. Ueber das Jahresresultat lässt sich noch kein Urteil abgegeben, weil erst die bevorstehenden 4 Monate die Haupt-Fahrradsaison bilden und daher ausschlaggebend sind.

Die oberschlesischen Walzwerke sind laut „Schlesische Ztg." zurzeit reichlich mit Arbeit versehen, da Grobeisen für Konstruktionsarbeiten und vor allen Dingen Universaleisen schlankweg in die Konstruktionswerkstätten übergehen, die reichlich mit Aufträgen, jedoch zu sehr gedrückten Preisen, versorgt sind.

Fallimente im sächsischen Getreidehandel. Die Getreidefirma Max Müller, Chemnitz, die schon seit einiger Zeit für schwach gehalten wird, ist zahlungsunfähig geworden. Durch Outsagen und Hergabe seines Giros ist auch der Vater des Kridars, der Inhaber der sehr angesehenen Firma C. H. Müller in Gross-Bauchlitz, in den Sturz mit hineingerissen, und ebenso ist durch Kreditgewährung an Max Müller und Giroverbindlichkeiten die Agenturfirma Berthold Sachs in Chemnitz zahlungsunfähig geworden.

Deutsche Zündholzfabriken Akt.-Ges. in Lauenburg in Pommern. Die Gesellschaft erzielte einschliesslich des Vortrags aus 1908/09 von 35 507 Mk. einen Fabrikationsgewinn von 172 516 Mk. Da die Generalunkosten einschliesslich 89 744 Mk. Abschreibungen 252 521 Mk. erforderten, ergibt sich ein Verlust von 44 469 Mk., der aus den Reserven, die hiernach in Höhe von 40 150 Mk. bestehen bleiben, gedeckt werden soll. Auf das Resultat des verflossenen Geschäftsjahres wirkten die Auflösung des Zündholzsyndikats sowie der unter den Fabriken entbrannte Konkurrenzkampf ungünstig ein. Ueber die weitere Prosperität des Unternehmens ist es nach dem Bericht der Direktion unter den obwaltenden Umständen schwer, etwas Zuverlässiges vorauszusagen. Nur davon ist die Direktion überzeugt, wenn die Gesetzgebung nicht bald eingreift, die gesamte deutsche Zündholzindustrie noch schweren Zeiten entgegengeht, die sie schliesslich zum gänzlichen Ruine führen müssen.

Der Aufsichtsrat der Hannoverschen Gummikamm Cie. schlägt die Erhöhung des Aktienkapitals um 500 000 Mk. vor. Die neuen Aktien sollen zu 265 Proz. im Verhältnis von 3 zu 1 den alten Aktionären angeboten werden.

Die Deutsche Spiegelglas Akt.-Ges. beschloss 25 Proz. Dividende zu verteilen. In Freden sollen technische Verbesserungen vorgenommen werden, um mit der rheinischen Konkurrenz Schritt halten zu können.

Der Lederhändler Karl Fr. Brock in Schmalkalden befindet sich in Zahlungsschwierigkeiten. Die Passiven betragen zirka 100 000 Mk., davon sind etwa 68 000 Mk. Warenschulden. In der Masse liegen ca. 22 000 Mk. B. bietet 30 Proz.

Die Bockenheimer Musikwerke Philipps wurden durch die Bankhäuser J. Dreyfus Co. und Bass & Herz in eine Aktiengesellschaft mit 1 300 000 Mk. Grundkapital umgewandelt.

Der Aufsichtsrat der Urania Akt.-Ges. für Kranken-, Unfall- und Lebensversicherung in Dresden schlägt wieder 10 Proz. Dividende vor.

Bad Helmstedt ist an eine Aktiengesellschaft für 165 000 Mk. verkauft worden, einschliesslich der dazu gehörigen sonstigen Gebäude, des Inventars, der Wiesen und von 18 Morgen Land.

Verband Deutscher Lastwagen-Achsenwerke. In Ergänzung einer früheren Meldung über die Auflösung des Verbandes geht uns folgende Mitteilung zu: „Die Firma Verband Deutscher Lastwagen-Achsenwerke mit dem Sitze in Hagen i. W. ist zwar in Liquidation getreten, es hat jedoch gleichzeitig die ins Handelsregister eingetragene Verlängerung unter der Firma „Verband Deutscher Achsenwerke" stattgefunden. Irgend welche Aenderungen in der Einrichtung, Geschäftsführung usw. sind dadurch nicht eingetreten, so dass die Liquidation des alten Verbandes lediglich als Formsache anzusehen ist."

Der Glacélederfabrik Otto Helm in Wolmirstedt ist es nicht gelungen, den Vergleich mit ihren Gläubigern zur Durchführung zu bringen. Das Konkursverfahren ist bereits beantragt worden.

Zwischen der Löwenbrauerei Akt.-Ges. zu Hohenschönhausen und der Brauerei Germania Akt.-Ges. zu Berlin ist der in Aussicht genommene Pachtvertrag nunmehr perfekt geworden und die Brauerei Germania an die Löwenbrauerei auf eine Anzahl Jahre unter Einräumung eines Vorkaufsrechtes verpachtet. Gleichzeitig erwirbt letztere per 1. April cr. sämtliche Ausschankstätten, um sie an Restaurateure zur selbständigen Bewirtschaftung abzugeben. Bei der Uebernahme wird der Ausschank von 7/10 Litern, der jahrelang zu Differenzen zwischen den Gastwirten und den Berliner Brauereien Veranlassung gab, definitiv beseitigt. Trotzdem erhofft die Löwenbrauerei durch Einführung ihrer stärker eingebrauten guten Biere ein neues ergiebiges Absatzgebiet zu gewinnen. Durch die pachtweise Uebernahme der technisch vorzüglich eingerichteten Brauerei Germania ist die Löwenbrauerei in der Lage, ihren Gesamtabsatz von ungefähr 200 000 hl herzustellen, ohne in ihrem Werk in Hohenschönhausen kostspielige Erweiterungsbauten vornehmen zu müssen. Eine Erhöhung des Aktienkapitals der Löwenbrauerei wird durch den Ankauf der Filialen der Germaniabrauerei und die Uebernahme des Betriebes nicht erforderlich, die Transaktion wird vielmehr aus den flüssigen Mitteln der Gesellschaft bestritten. Für die Germaniabrauerei bietet der Vertrag mit der Löwenbrauerei Akt.-Ges. den Vorteil, dass sie durch die Verpachtung der Brauereiräume und den Verkauf der Filialen nunmehr klare Verhältnisse bekommt.

Zur Lage des Fensterglasgeschäftes. Aus einem Bericht, den die Geschäftsleitung des Vereins Deutscher Tafelglashütten, G. m. b. H. zu Kassel, für die diesjährige Hauptversammlung erstattet, ist zu entnehmen, dass die vereinigten 56 einzelnen Hütten im Jahre 1910 etwa 25 Proz. des Durchschnittsergebnisses der Jahre 1904/06 geliefert haben. Unter Berücksichtigung des natürlichen Mehrbedarfs, der durch die Bevölkerungszunahme verursacht ist, geht hieraus also hervor, dass der Durchschnitt der Jahre 1904/06 erheblich günstiger war als der letzige Geschäftsgang, und dass von einem Aufschwunge, der sonst für die mit dem Baugewerbe in Berührung stehenden Geschäftszweige behauptet wird, bei Fensterglas nicht die Rede sein kann.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse. 2. März. Am Frühmarkt notierten Weizen inländ. 194,00—196,00 ab Bahn und frei Mühle. Roggen inländ. 148,00—149,00 ab Bahn und frei Mühle. Hafer märkischer, mecklenburgischer, pomm., preussisch., posenscher und schlesischer fein 174—185, mittel 164—173, gering 158—163, russisch. und Donau mittel 156—167, gering 152—155 ab Bahn und frei Wagen. Mais amerik. mixed 136—141, neuer abfallender — — runder 140,00 142,00 frei Wagen. Gerste, inländische Futtergerste, mittel und gering 144,00 149,00, gute 160—172, russische und Donau leichte 136,00—140,00, schwere 141—145 ab Bahn und frei Wagen. Erbsen inländische und ausländische Futterware mittel 153—157, Taubenerbsen 159—166 ab Bahn und frei Wagen. Weizenmehl 00 24,00 bis 27,25. Roggenmehl 0 und 1 18,70—21,20. Weizenkleie 9,75—11,10 Roggenkleie 9,50—10,25.

Magdeburg, 2. März. (Die Notierungen verstehen sich für 1000 kg netto ab Station und frei Magdeburg.) Weizen engl. und Sommer- matt, gut 193—194. Weizen Rauh- 190—192. Roggen inländ. matt, gut 143—148. Gerste ausländ. Futtergerste ruhig, gut 131—134. Hafer inl. stetig, gut 166—172. Mais runder ruhig, gut 134—137, amerik. bunter, gut 134—136 M.

Hamburg, 2 März. (Getreidemarkt.) Weizen still. Ostholst. Mecklbg., 196—199. Roggen ruhig, Mecklburg. und Pomm. 150—156. Gerste ruhig, südruss. 117—119. Hafer stetig. Holsteiner. — — —. Mecklenburger — — —, neuer Holsteiner und Mecklenburger 162 bis 175. Mais fest. La Plata 103—104 mixed 100—103.

Liverpool, 2. März. Roter Winterweizen per März 6,8½, per Mai 6,9. Still. Mais, amerik. März 4,8½, La Plata Mai 4,4½. Fest.

Pest, 2 März. Weizen per April 11,36 G., 11,37 B., per Mai 11,13 B., 11,14 B., per Okt. 10,53 G., 10,54 B. Roggen per April 7,98 G., 7,99 B., per Okt. 7,87 G., 7,88 B. Hafer per April 8,61 G., 8,62 B. Mais per Mai 5,71 G., 5,72 B. Raps Aug. 13,60G., 13,70 B.

Antwerpen, 2 März. Deutscher Le Plateaux, Kontrakt B., per März 5,80, Mai 5,72½, Juli 5,67½, Septbr. 5,62½. Novbr. 5,55 Fr. Umsatz 65,000 kg. Ruhig.

Kaffee.

Hamburg, 2. März. Good average Santos

	vorm.	nachm.	abends
per März	53½ G.	53 G.	53 G.
„ Mai	52½ G.	53½ G.	53½ G.
„ September . . .	51½ G.	51 G.	51 G.
„ Desember . . .	50½ G.	50 G.	50 G.
	stetig	behauptet	behauptet

Rio de Janeiro, 2. März. Kaffee-Zufuhren 4,000 Sack in Rio 8,000 Sack in Santos.

Zucker.

Hamburg, 2. März. Rübenrohzucker. 1. Produkt, Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg

	vorm.	nachm.	abends
per Februar	—,—	—,—	—,— M.
„ März	9,92½	9,87½	9,87½ „
„ Mai	9,97½	9,96	9,97½ „
„ August	10,02½	10,15	10,17½ „
„ Oktober	10,22½	9,87½	9,87½ „
„ Dezember . . .	9,87½	9,87½	9,85 „
	ruhig	matt	stetig

Kartoffelmehl und -Stärke.

Magdeburg, 2. März. Prima Kartoffelstärke und -Mehl für 100 kg —,—. Geschäftslos.

Berlin, 2. März. Kartoffelmehl u. -Stärke 20,25—20,75. Feuchtes Kartoffelmehl 10,60.

Eier.

Berlin, 2. März. Eier pro Schock, vollfrische ausländische —,— bis —, in- und ausländische bessere Sorten 5,00—5,20, in- und ausländische geringere Sorten — —, zweite Sorten —,—. Kühlhauseier —. Kalkeier —,—, kleine Eier 4,50—4,60 Mark. Still.

Fettwaren und Oele.

Butter, Schmalz, Speck. (Originalbericht von Gerb. Gause.) Berlin, 1. März. Butter: Das Geschäft war gegen Ende des Monats sehr ruhig und konnten die Einlieferungen feinster Butter nicht geräumt werden. Nur für ganz reinschmeckende feinste Marken liessen sich die Preise behaupten. Die heutigen Notierungen sind: Hof- und Genossenschaftsbutter la Qualität 125—127 Mk., do. IIa Qualität 123—125 Mk. — Schmalz: Die Schweinezufuhren waren bei Beginn der Woche an den Hauptschlachtplätzen Amerikas recht gross, was einen Druck auf die Schmalzpreise herbeiführte. Die hiesigen Preise wurden jedoch hiervon nicht berührt, da Lokoware recht knapp ist und ein Anziehen der Preise dafür befürchtet wird. Die heutigen Notierungen sind: Choice Western Steam 54,25—54,75 Mk., amerik. Tafelschmalz Borussia 57 Mk., Berliner Stadtschmalz Krone 55,50—66 Mk., Berliner Bratenschmalz Kornblume 56,50 bis 66 Mk. — Speck: Ruhig.

Köln, 2. März. Rüböl loko 64,00, per Mai 62,50.

Hamburg, 2. März. Stadtschmalz 56,00, amerik. Steam 46,50, Chamberlain 47,75.

Chemische Produkte.

Hamburg, 2. März. Chilisalpeter per loko 9,40, Febr.-März 9,30 frei Fahrzeug Hamburg. Ruhig.

Wolle.

Bremen, 2. März. Baumwolle ruhig. Upl. loko middl. 74,25 Pfg.

Liverpool, 2. März. Baumwolle. Umsatz 8 000 Ballen, Import 13,000 Ballen, davon Amerikaner 4,000 Ballen.

Alexandria, 2. März. Aegyptische Baumwolle per Mai 18,05, Juli 18,08, Nov. 17,26.

Metalle.

London, 2. März. Chili-Kupfer stetig 54 3/16, 3 Mon. 55 1/16. Zinn Straits stetig 189, 3 Mon. 183 1/16. Blei span., ruhig 13 9/16, engl. 13½. Zink gewöhnliche Marke, schwach 33¾, spec. Marke 24½.

Schiffsnachrichten.

Hamburg-Amerika-Linie.

(Bureau in Halle: Georg Schultze, Bernburgerstr. 32.)

Die nächsten Abfahrten von Post- und Passagierdampfern finden statt: Nach New York: 2. März Kaiserin Auguste Victoria. 4. März Pennsylvania. 12. März President Lincoln. 18. März Amerika. 23. März Pretoria. 30. März Kaiserin Auguste Victoria. 6. April President Grant. 13. April Bulgaria. — Nach Boston: 14. März Graf Waldersee. 28. März Bosnia. — Nach Baltimore: 14. März Graf Waldersee. 28. März Bosnia. — Nach Philadelphia: 15. März Ypiranga. 31. März Prinz Oskar. — Nach New Orleans: 10. März Montauk. 25. März Atlantic. — Nach Westindien: 3. März Virginia. 6. März Sachsenwald. 7. März Mecklenburg. 20. März Syria. — Nach Mexiko: 6. März Dania. 14. März Fürst Bismarck. 17. März La Plata. — Nach Ostasien: 8. März Bayern. 10. März Sithonia. 16. März Freienfels. 24. März Brasilia. — Nach Wladiwostok: 20. März Erom. — Arabisch-Persischer Dienst: 27. März Ekbatana.

Norddeutscher Lloyd in Bremen.

(Bureau in Halle L. Schönlicht, Bankgeschäft, Poststrasse.)

Neueste Dampferbewegungen:

Kronprinz Wilhelm 1. März von Southampton. Prinz Friedrich Wilhelm 27. Febr. in New York. Frankfurt 26. Febr. von Philadelphia. Gotha 28. März Dungeness pass. Erlangen 27. Febr. in Antwerpen. Heidelberg 28. Febr. von Las Palmas. Aachen 28. Febr. von Bahia. Seydlitz 28. Febr. von Genua. Grosser Kurfürst 28. Febr. von Fremantle. Thüringen 1. März Borkum-Riff pass. Kleist 28. Febr. von Port Said. Prinzess Alice 1. März in Nagasaki. Cassel 1. März Dover passiert. Gneisenau 28. Febr. von Port Said. Yorck 28. Febr. von Nagasaki. Bülow 1. März von Southampton. Prinz Eitel Friedrich 1. März von Penang. Halle 1. März von Antwerpen.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Emden.

New York.	2.3.	1.3.	Chicago.	2.3.	1.3.
Weizen p. Mai	96	95⅜	Weizen p. Mai	89½	89½
„ „ Juli	94⅜	94½	„ „ Juli	88⅜	88
Mais p. Mai	55½	54¾	Mais p. Mai	48¼	48
„ „ Juli	—	—	„ „ Juli	49⅛	48¾
Mehl Spring clears	3,70	3,70	Hafer p. Mai	30⅛	30⅛
Kaffee Fair Rio Nr. 7	12½	12½	„ „ Juli	30⅛	30⅛
„ p. März	10,24	10,10	Roggen p. Jan.	87	86½
„ p. April	10,22	10,09	Schmalz p. Mai	9,00	9,17
Petroleum in Cases	8,90	8,90	„ „ Juli	8,97	9,12
do. in New York	7,40	7,40			
do. in Philadelphia	7,40	7,40			

Tendenz: Weizen stetig. Mais stetig.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null.)

Saale und Unstrut.		Fall	Wuchs			Fall	Wuchs
Arteen, Brückenpegel	1. März	+1,08		2. März	+1,10	—	2
Nebra, Oberpegel	„	+2,56		„	+2,46	10	—
„ Unterpegel	„	+7,52		„	+3,40	12	—
Weissenfels, Oberpegel	„	+3,02		„	+2,94	6	—
„ Unterpegel	„	+2,48		„	+2,22	26	—
Trotha	1. „	+3,86		2. „	+3,76	10	—
Alsleben, Oberpegel	1. „	+2,98		2. „	+3,02	—	4
„ Unterpegel	„	+3,46		„	+3,56	—	10
Bernburg	„	+3,05		„	+3,00	5	—
Calbe, Oberpegel	„	+2,30		„	+2,34	—	4
Unterpegel	„	+3,13		„	+3,14	—	1

Elbe. Eger. Elbe. Moldau.							
				März		Fall	Wuchs
Jungbunzl.	1.	+0,13	3	Wittenberg	2	+4,10	—
Laun	„	+1,41	37	—	Rosslau	„ +4,10	4
Budweis	„	+0,54	13	—	Barby	„ +4,33	8
Prag	„	—	—	—	Schönebeck	„ +4,30	8
Pardubitz	„	+1,28	45	—	Magdeburg	„ +3,62	9
Brandeis	„	+2,52	—	2	Tangermde.	„ +4,32	3
Melnik	„	+2,41	12	—	Wittenberge	„ +3,99	5
Leitmeritz	2.	+2,38	27	—	Dömitz	1. „ +3,33	11
Aussig	„	+2,04	27	—	Boizenburg	„ +3,04	24
Dresden	„	+1,48	20	—	Hohnstorf	„ +3,25	15
Torgau	„	+4,07	—	5	Lauenburg	2. +3,30	— 18

Aussig, 2. März. Pegelstand plus 294 cm. Vom Oberlauf werden 124 cm Fall gemeldet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19110303015/fragment/page=0005

Berliner Börse, 2. März 1911

Die Rubrik in Curstwerthen gibt die Zinstermine an. Es bedeutet: 1 Jan., 4 Apr., 7 Juli, 10 Okt., 1. 1. 7. 1. 4. 10., 15. 3. 9., 15. 6. 12., 15. 1. 7. 1., 15. 4. 10